Nr. 205 — Jahrgang 17 | Einzelnummer 0,20 Zł. | Dienstag, den 8. September 1931

# Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien 1 mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 9. cr. 1.65 Zł., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zł. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

# Durcheinander in Genf

## Die Behandlung der Zollunion — Verzicht und Abschluß — Die Haltung Schobers und Curtius unverständlich
## Man will das Haager Gutachten umgehen

## Die spanische Verfassung

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Anfang September 1931.

Die spanische Parlamentskommission, die mit der Ausarbeitung der neuen Verfassung der spanischen Republik betraut wurde, veröffentlichte vor einigen Tagen ihren Entwurf, den das Parlament sicher in seinen Grundzügen annehmen wird. Danach besteht die Verfassung aus 116 Artikeln. Sie ist in 10 Abschnitte eingeteilt: Der Aufbau und die Aufgaben Spaniens (1), Grundrechte und Grundpflichetn der Spanier (2), Familie, Wirtschaftsleben und Kultur (3), die Gesetzgebung (4), der Republikpräsident (5), die Regierung (6), außerparlamentarische Kommissionen (7), die Rechtspflege (8), die öffentlichen Finanzen (9) und Garantien und Aenderung der Verfassung (10).

„Die spanische Nation hat, souverän und durch die Verfassunggebende Nationalversammlung vertreten, diese Verfassung gebilligt und genehmigt", heißt die Einleitung zur Verfassung, und gleich der erste Artikel lautet: „Spanien ist eine demokratische Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Im Artikel 15 heißt es dann: „Es gibt keine Staatsreligion. Alle religiösen Glaubensbekenntnisse gelten als Gesellschaften, die den allgemeinen Gesetzen des Landes unterworfen sind. Der Staat darf keinenfalls den Kirchen und religiösen Gesellschaften und Institutionen helfen, sie begünstigen oder wirtschaftlich unterstützen. Alle religiösen Orden werden vom Staat aufgelöst, und ihr Vermögen wird nationalisiert." Die neue spanische Verfassung erkennt beiden Geschlechtern das Wahlrecht zu, so bald man das 21. Lebensjahr erreicht hat (Artikel 28). Um Abgeordneter zu werden, muß man 23 Jahre alt sein (auch Frauen können Abgeordnete werden — Artikel 45); um Republikpräsident zu werden, muß man 40 Jahre alt sein (Artikel 61). Der Republikpräsident wird auf 6 Jahre vom ganzen Volke gewählt. Niemand darf zweimal hintereinander Republikpräsident werden. Gleichzeitig mit dem Republikpräsidenten wird ein Vizepräsident der Republik gewählt.

Einige französische Zeitungen meldeten dieser Tage, Spanien sei das erste Land, in dessen Verfassung ein Verbot des Krieges stehe. In dieser Form ist die Meldung nicht richtig. Immerhin hat Spanien die Möglichkeit eines Krieges nahezu gänzlich unterbunden. Artikel 70 besagt nämlich: „Der Präsident der spanischen Republik darf keine Kriegserklärung unterschreiben, außer im Falle eines gerechten Krieges auf Grund internationaler Abmachungen, die von der spanischen Nation feierlich angenommen und beim Völkerbund eingetragen sein müssen, der den Krieg als außerhalb des Gesetzes betrachtet, und nur nachdem alle nicht kriegerischen Maßnahmen erschöpft sind und nachdem der Konflikt einem Gerichts-, einem Ausgleichs- oder Schiedsgerichtsverfahren auf Grund besonderer Abmachungen unterbreitet wurde." Der Republikpräsident kann nur durch ein besonderes Gesetz die Erlaubnis erhalten, eine Kriegserklärung zu unterschreiben. Artikel 34 besagt: „Die in den Artikeln 22, 23, 26 und 30 vorgesehenen Rechte und Garantien können ganz oder teilweise für ganz Spanien oder für einen Teil Spaniens aufgehoben werden, wenn die Sicherheit des Staates es in Fällen wirklicher und dringender Gefahr erfordert." In den betreffenden Artikeln ist bestimmt, daß niemand, außer im Falle eines Vergehens, verhaftet werden kann, daß sich jeder in Spanien frei bewegen, daß jeder seine Meinungen und Gedanken frei ausdrücken kann und daß keine Zeitung, keine Zeitschrift und kein Buch verboten werden darf, sowie daß jederzeit Versammlungen friedlich und ohne Waffen veranstaltet werden können. Für Versammlungen unter freiem Himmel muß stets vorher die Genehmigung der Behörde vorliegen.

Wenn 25 Prozent der Wähler es fordern, auf Vorschlag der Regierung oder auf Vorschlag eines Viertels der Parlamentsmitglieder kann die Verfassung geändert werden.

Eine Ehe kann durch gegenseitige Uebereinkunft, durch den freien Willen der Frau oder auf Ersuchen des Gatten (in diesem Falle muß eine durchsichtige Begründung vorliegen) aufgelöst werden (Artikel 35).

Zu jeder Zeit hat der Staat das Recht, im öffentlichen Interesse Aenderungen am Privateigentum vorzunehmen. Das Eigentum kann zu Gunsten der Allgemeinheit „expropriiert" werden. Wo es die soziale Notwendigkeit erfordert, kann das Parlament eine Enteignung ohne Entschädigung festsetzen. Alle im Dienste der Oeffentlichkeit stehenden Betriebe müssen schnellstens nationalisiert werden.

Die Republik sichert allen Arbeitern ein würdiges Existenzminimum und den Ausbau der sozialen Gesetzgebung (Artikel 38). Artikel 98 lautet: „Die Todesstrafe ist aufgehoben. Nur ausnahmsweise darf sie im Kriegsfall durch die Militärgerichte ausgesprochen werden.

Kurt Lenz.

**Genf.** Die Verhandlungen über die Behandlung des Zollunionsplanes in der Montagsitzung des Völkerbundsrates wurden am Sonntag weiter fortgesetzt. Der Rat wird am Montag von dem Gutachten des internationalen Haager Gerichtshofes Kenntnis nehmen und das im Mai auf Hendersons Vorschlag eingeleitete Verfahren wegen der rechtlichen Zulässigkeit des Zollunionsplanes zum Abschluß bringen.

Die Lage wird allgemein als schwierig angesehen, da die deutsche und österreichische Regierung bereits vor der Eröffnung der offiziellen Ratsverhandlungen über diese Frage in der Europakommission die offiziellen Verzichterklärungen abgegeben haben. Bei den an der Zollunionsfrage interessierten Regierungen besteht bisher der Wunsch, eine große politische Aussprache über das Haager Gutachten im Rat zu vermeiden. Aus diesem Grunde sind Bemühungen im Gange, das gesamte Verfahren vor dem Rat auf eine Erklärung des Ratspräsidenten Lerroux zu beschränken, die bereits formuliert und den interessierten Ratsmächten übermittelt worden ist. Sollte eine Einigung über diese Erklärung zustande kommen, die in vorsichtiger Form von der deutschen und österreichischen Verzichterklärung Kenntnis nimmt und den Zollunionsplan als erledigt erklärt, so wird darüber keine Aussprache stattfinden.

Jedoch herrscht noch Unklarheit darüber, ob nicht Briand, der am Sonntag abend in Genf eingetreten ist, im Interesse seiner in der französischen Oeffentlichkeit außerordentlich geschwächten Stellung sich veranlaßt sieht, im Rat eine politische Erklärung zur Zollunionsfrage abzugeben, die zwangsläufig dann eine größere Debatte auslösen würde. In diesem Falle würde das Haager Gutachten, das nach allgemeiner Auffassung Deutschland eine außerordentlich starke moralische Position schafft, von deutscher Seite nach seiner wahren Tragweite und Bedeutung behandelt werden.

In neutralen Delegiertenkreisen wird in diesem Zusammenhang lebhaft die Frage erörtert, aus welchem Grunde die deutsche und österreichische Regierung sich entschlossen haben, die Verzichterklärung abzugeben, ohne die Veröffentlichung des Gutachtens abzuwarten.

### Das Haager Urteil!

**Genf.** Das Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlicht Sonnabend das Gutachten des Haager Gerichtshofes über den deutsch-österreichischen Zollunionsplan.

**Das Urteil hat folgenden Wortlaut: Der Haager Gerichtshof beschließt mit 8 gegen 7 Stimmen: Ein Zollregime zwischen Deutschland und Oesterreich auf der Grundlage und in den Grenzen der Prinzipien des Protokolls vom 19. März 1931 ist nicht vereinbar mit dem Protokoll Nr. 1, gezeichnet in Genf am 4. Oktober 1922.**

*

**Genf.** Das Gutachten besteht aus drei Teilen:

1. dem Rechtsgutachten, datiert vom 5. September 1931,

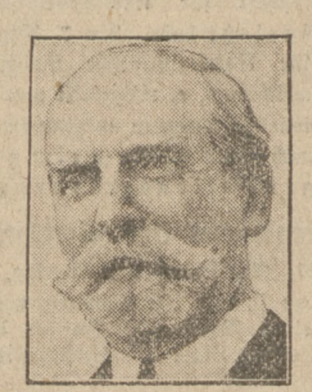
2. dem abweichenden Gutachten der Minderheit von sieben Richtern und

3. einem Sondergutachten des früheren Präsidenten Anzylotti (Italien).

Die Minderheit von 7 Richtern, der Präsident Adatschi und die Mitglieder des Gerichtshofes Kellogg, Professor Schücking, Baron Rolin-Jaequemin-Belgien, Sir Cecil Hurst-England, von Eysinga-Holland, Wang-China erklären sich in dem Minderheitengutachten dem Gutachten des Gerichtshofes nicht anschließen zu können und haben daher auf der Grundlage der Bestimmungen des Artikels 71 des Reglements ein gemeinsames, der Anlage beigefügtes abweichendes Minderheitengutachten abgegeben. Das Minderheitengutachten der 7 Richter kommt zu der Feststellung, daß das zwischen Deutschland und Oesterreich in dem Protokoll vom 19. März 1931 vorgesehene Zollregime vereinbar ist sowohl mit dem Artikel 88 des Vertrages von St. Germain, als auch mit dem Genfer Protokoll Nr. 1 vom 4. Oktober 1922.

Die folgenden Richter: Frommagot (Frankreich), Graf Rostworowski (Polen), Altamira (Spanien), Negresko (Rumänien), Guerreo (Salvador), Urrutia (Columbien) erklären, daß ein Zollregime zwischen Oesterreich und Deutschland, das in dem Protokoll vom 19. März 1931 vorgesehen sei, einen Akt darstelle, der geeignet sei, die Unabhängigkeit Österreichs in Frage zu stellen und aus diesem Grunde nicht nur unvereinbar sei mit dem Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922, sondern gleichfalls auch unvereinbar sei mit dem Artikel 88 des Vertrages von St. Germain von 1919.

Der frühere Präsident des Gerichtshofes, Anzylotti (Italien), hat in seinem von ihm allein erstatteten Sondergutachten erklärt, daß er sich grundsätzlich dem Gutachten des Haager Gerichtshofes anschließe, jedoch über die Motive des Gutachtens einer anderen Auffassung sei und deshalb in einem besonderen Gutachten seinen Standpunkt niederlege.



### Amerikas höchster Richter Vorsitzender der Abrüstungskonferenz 1932?

Staatssekretär a. D. Hughes, der Vorsitzende des obersten amerikanischen Gerichtshofes und Haager Schiedsgerichts, wird nach dem Verzicht Hendersons als voraussichtlicher Vorsitzender der endgültigen Abrüstungskonferenz 1932 genannt.

### Neubesetzung sämtlicher Wojewodschaften im Oktober

**Warschau.** Im Oktober sollen, Gerüchten zufolge, sämtliche Wojewdschaften eine Neubesetzung erfahren. Ein Teil der jetzt amtierenden Wojewoden soll durch neue Kräfte ersetzt werden. Es behauptet sich ferner das Gerücht, daß der Chef des Generalstabes, General Piskor, sein Stellvertreter General Kwiasniewski und der Chef der Nachrichtenabteilung, Oberst Pelczynski in den nächsten Tagen abgelöst werden. Für den Posten des Generalstabschefs wird General Kordjan-Zamorski genannt. Diese Personalveränderung soll mit der kürzlich aufgedeckten Spionageaffäre in Verbindung stehen.

### Das Recht des Minderheitenführers

**Genf.** Der Abg. Graebe-Bromberg hat Sonnabend im Sekretariat des Völkerbundes eine neue Beschwerde überreicht. Die Beschwerde richtet sich gegen die im Deutschtumsbund-Prozeß zutage getretene Beschränkung des Rechts der deutschen Minderheits-Führer, ihren Beratungs- und Führerpflichten gegenüber ihren Stammesbrüdern nachkommen zu können. Die Klage richtet sich also — wie ausdrücklich betont wird — nicht gegen das noch schwebende Verfahren des Deutschtumsbund-Prozesses, sondern

gegen die Beschränkung der Minderheiten-Rechte.

Der hohe Garant der deutschen Minderheit in Polen (Völkerbund) soll sein Votum darüber abgeben, ob die auf polnischer Seite als staatsfeindlich erklärte Beratung in Ansiedler-, Optanten- u. Schulangelegenheiten den Pflichten und Rechten eines deutschen Minderheitenführers in Polen widerspricht.

## Reichskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter

**Bochum.** Die Reichskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands wurde Sonntag durch den Verbandsvorsitzenden Husemann eröffnet, der in einem Wirtschaftsüberblick u. a. ausführte, die Gesamtzahl der Bergarbeiter, die im Jahre 1921 noch rund 1,2 Millionen betrug, sei bis Mitte Mai d. Js. auf rund 500 000 zurückgegangen. Aber auch diese 500 000 würden, wie die zahlreichen Feierschichten bewiesen, nicht voll beschäftigt. Trotz dem Uebergange eines großen Teiles der beschäftigungslos gewordenen Bergarbeiter in andere Berufe seien am 1. August d. Js. im Ruhrkohlenbergbau noch 94 524 vollarbeitslose Bergarbeiter vorhanden gewesen, die zum allergrößten Teil kaum darauf rechnen könnten, jemals wieder Beschäftigung im Kohlenbergbau zu erhalten. Ueber die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Gewerkschaftspolitik sprach Vogt von der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bergarbeiterverbandes. Er forderte: Beibehaltung der Kapitalfluchtnotverordnungen, handelspolitische Maßnahmen, um nach Ablauf der sechsmonatigen Stillhaltepflicht die Devisenregulierung scharf in die Hand zu bekommen, planmäßige Kapitalleitung sowie Maßnahmen, durch die der Lebensstandard der arbeitslosen Masse gesichert wird. Vor allem Eindämmung der Arbeitslosigkeit durch gesetzlich einzuführende Kürzung der Arbeitszeit.

## Der Sozialdemokratische Parteivorstand gegen die Opposition

**Berlin.** Der „Vorwärts" veröffentlicht einen Beschluß des Vorstandes er SPD, wonach die Zugehörigkeit zur „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialiste Politik" sowie jede Unterstützung dieser Organisation für unvereinbar mit der Mitgliedschaft zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt wird. Das Zentralorgan der SPD weist zur Erläuterung dieses Beschlusses darauf hin, daß der Vorsitzende der deutschen Friedensgesellschaft, der frühere Sozialdemokrat Küster, jetzt Mitglied der KPD, bereits am 26. Juli dieses Jahres in Hagen vor Mitgliedern der SPD die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik angeregt und duchgesetzt habe. Am 7. August habe die Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik ein Zirkular herausgegeben, in welchem u. a. mitgeteilt wurde, daß Verhandlungen mit oppositionellen Gruppen aufgenommen werden sollen. Es handle sich demnach offensichtlich um eine gegen die SPD gerichtete Organisationsgründung.

## Litwinow bei Curtius

**Die Ratssitzung am Montag.**

**Genf.** Litwinow stattete am Sonntag abend Reichsaußenminister Curtius einen Besuch ab. In der Unterredung sind, wie verlautet, in erster Linie wirtschaftspolitische Fragen erörtert worden.

Am Sonntag abend fanden noch weitere Besprechungen zwischen den Juristen der einzelnen Delegationen über das am Montag nachmittag im Völkerbundsrat stattfindende Verfahren über den deutsch-österreichischen Zollunionsplan statt. In Kreisen der deutschen Delegation wird die Auffassung vertreten, daß keine größere politische Aussprache stattfinden wird. Man nimmt an, daß die Verhandlungen im Rat über den Zollunionsplan sich im wesentlichen auf eine Erklärung des Ratspräsidenten beschränken werden.

## Graf Apponyi Präsident der Völkerbundsversammlung?

**Genf.** Die Vollversammlung des Völkerbundes wird am Montag vormittag durch den amtierenden Präsidenten des Völkerbundsrates, Lerroux, eröffnet werden, an die sich sodann die Wahl des diesjährigen Präsidenten der Vollversammlung des Völkerbundes anschließt. Man nimmt nunmehr an, daß voraussichtlich der ungarische Staatsmann Graf Apponyi zum Präsidenten der Versammlung gewählt werden wird, da der von französischer Seite vorgeschlagene bisherige Kandidat, der griechische Gesandte in Paris, Politis, sowie auch ein weiterer Kandidat, der Präsident des schwedischen Reichstages, dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt haben, daß sie für die Präsidentschaft auf der Vollversammlung nicht kandidieren.

## Zusammenstöße zwischen mexikanischen Arbeitern

**Veracruz.** In Nautla und in Jicaltepec haben Zusammenstöße zwischen Hafenarbeitern stattgefunden. Sieben Personen wurden getötet, zehn schwer verletzt.



## Das Rätsel um den Brand in der Villa des Schriftstellers Strecker

Major a. D. Karl Strecker, der erfolgreiche Berliner Schriftsteller, der unter dem Verdacht, in seiner Villa in einem Vorort von Berlin Feuer gelegt zu haben, in Haft genommen wurde. Obwohl die Polizei Strecker verschiedene Unrichtigkeiten in seinen Aussagen nachweisen konnte, bestreitet er nach wie vor aufs entschiedenste, irgendetwas mit der Brandstiftung zu tun zu haben.

# Die Revolution in Chile

### Heftige Kämpfe ohne Entscheidung — Bombenflugzeuge gegen die Flotte — Mobilmachung in ganz Chile

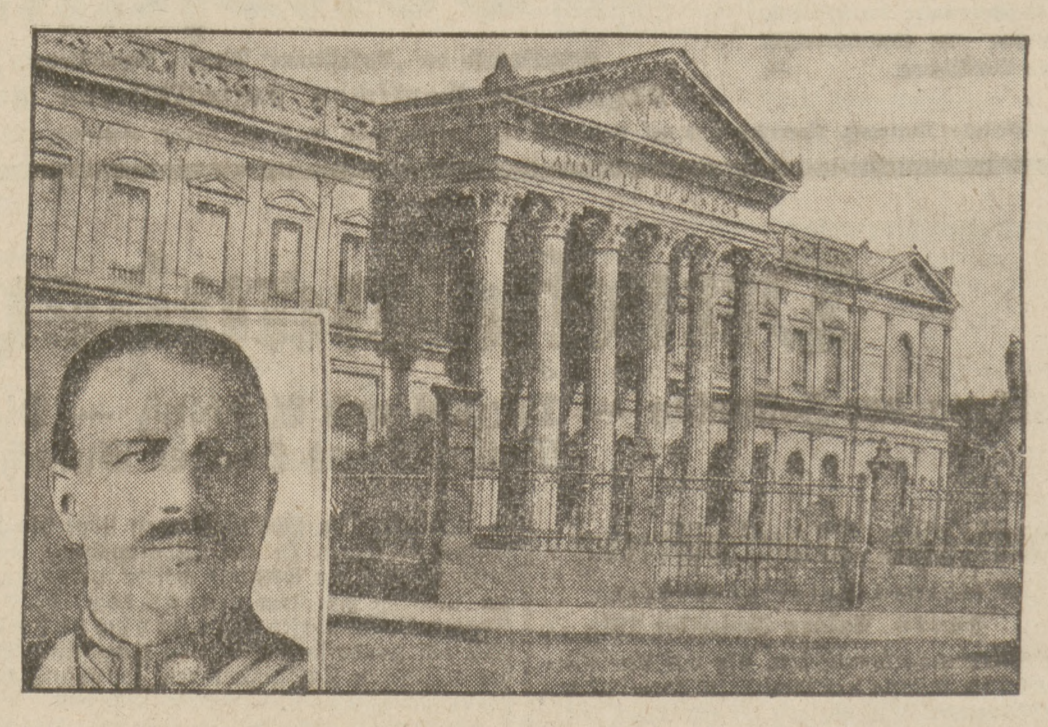
**Neuyork.** Die Stadt Talcahuano wurde nach schweren Kämpfen von den Regierungstruppen erstürmt, wobei 500 Revolutionäre fielen. Angeblich wurde jeder 5. gefangene Revolutionär erschossen. Das Panzerschiff „Capitän Prat" wurde von regierungstreuen Truppen genommen und der Zerstörer „Almirante Riveros" von ihnen in den Grund gebohrt. Regierungsflugzeuge machten den Panzerkreuzer „General O'Higgins" durch Bomben kampfunfähig. Am Sonnabend abend landete eine Abordnung der Aufrührer unter dem Schutz der weißen Flagge in Coquimbo, um mit dem dortigen Gouverneur zu verhandeln, der aber als einziges Zugeständnis das gestellte Ultimatum um einige Stunden verlängerte.

Das ganze Land befindet sich im Mobilmachungszustand. Viele Freiwillige meldeten sich in den Kasernen. Privatautos und Omnibusse werden der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt. Eine Anzahl von Privatvereinigungen stellte bewaffnete Kompagnien auf und viele Frauen übergaben der Regierung ihren Goldschmuck.

*

**Neuyork.** Associeted Preß meldet aus Santiago de Chile:

Nach der Bekanntmachung, daß Bombenflugzeuge gegen die meuternde Flotte angeflogen seien, ließ der stellvertretende Präsident Trucco durch das Kriegsministerium bekannt geben, daß die Luftflotte und die Armee in gemeinsamer Aktion einige meuternde Landtruppen und Abteilungen der Küstenartillerie zur Uebergabe gezwungen hätten. Einzelheiten hierüber stehen noch aus. Jedoch erklärte die Regierung kurz darauf das Kriegsrecht in ganz Chile auf die Dauer von 30 Tagen.



**Chile in vollem Aufruhr**

Das Gebäude der Volksvertretung in Chile-Hauptstadt Santiago. Unten links: Expräsident Ibanez, der im vorigen Jahre verjagt wurde und angeblich jetzt zurückkehren soll.

Ueber die Lage in Chile treffen noch immer viele einander widersprechende Meldungen ein. Sicher scheint zu sein, daß die meuternde Flotte die Oberhand gewonnen hat und die bisherige Regierung gestürzt wurde. Gleichzeitig aber wird gemeldet, daß kommunistische Kreise den Umsturz zur Ausrufung einer chilenischen Sowjetrepublik benutzen wollen.

# Neuwahlen in England?

### Entscheidung im Oktober — Für und gegen den Schutzzoll — Scharfe Kampfansage der Gewerkschaften

**London.** Die konservativen Morgenblätter unternehmen einen scharfen Vorstoß zugunsten baldiger Neuwahlen in England. In Uebereinstimmung mit Baldwins früheren Aeußerungen haben die Konservativen anscheinend die Absicht, sofort nach Ausgleich des Staatshaushalts an die Wähler zur Entscheidung über die Frage des Schutzzolls zu appellieren. In Regierungskreisen glaubt man, daß die Nationalregierung im ganzen etwa 4 Wochen gebraucht, um die neuen Steuer- und Spargesetze einzuführen, so daß hiernach ein Rücktritt der Regierung gegen Mitte Oktober in Frage käme.

## Beginn des englischen Gewerkschafts-Kongresses

**Scharfe Kampfansage an die Regierung.**

**London.** Der englische Gewerkschaftskongreß in Bristol, dessen erste Vollsitzung am Montag stattfindet, leitete am Sonntag seine Tagung mit einer Kundgebung ein, auf der der diesjährige Präsident, der Abg. Artur Hayday, eine scharfe Absage an die Nationalregierung richtete. Er faßte seine Ausführungen in dem Satz zusammen, daß die Gewerkschaftsbewegung die ihr zugefallene schwere Verantwortung übernehme und beschlossen habe, den Kampf zur Verteidigung der sozialen Selbstschutzmaßnahmen und des Lebensstandards aufzunehmen, für die so viele ihrer Anhänger riesige Opfer gebracht hätten.

## Die Gerüchte über Schobers Rücktritt

**Wien.** Zu den Gerüchten über einen bevorstehenden Rücktritt des Vizekanzlers und Außenministers Schober erklärte Bundeskanzler Dr. Buresch Journalisten gegenüber, es sei zwar richtig, daß Außenminister Schober ihn vor seiner Abreise nach Genf ein Demissionsgesuch überreicht habe, über ein weiteres Verbleiben Schobers im Kabinett könne aber erst nach seiner Rückkehr aus Genf, die am Mittwoch erfolgen dürfte, entschieden werden. Derzeit seien noch alle Gerüchte über einen sicher zu erwartenden Rücktritt Dr. Schobers und die daran geknüpften politischen Folgerungen als zu mindest den Ereignissen vorauseilend zu bezeichnen.

*

Abgesehen von dieser Klarstellung des Bundeskanzlers ist noch in Betracht zu ziehen, daß ein Rücktritt Schobers nur erfolgen könne, wenn er nicht mehr das Vertrauen der Parteien hätte, die hinter ihm stehen. Bisher haben aber weder die Großdeutschen noch der Landbund irgendetwas Derartiges verlauten lassen. Im Gegenteil, sie haben sich weiterhin auf die Linie der Politik Dr. Schobers gestellt.

## Henderson bleibt vorläufig Vorsitzender der Abrüstungskonferenz

**London.** Laut Manchester Guardian ist Hendersons Stellung als Vorsitzender der kommenden Abrüstungskonferenz durch die Bildung der nationalen Regierung in England nicht berührt worden. Henderson werde Vorsitzender bleiben, bis die Konferenz einen neuen Vorsitzenden wählt.

## 990 000 deutsche Auswanderer aus Polen

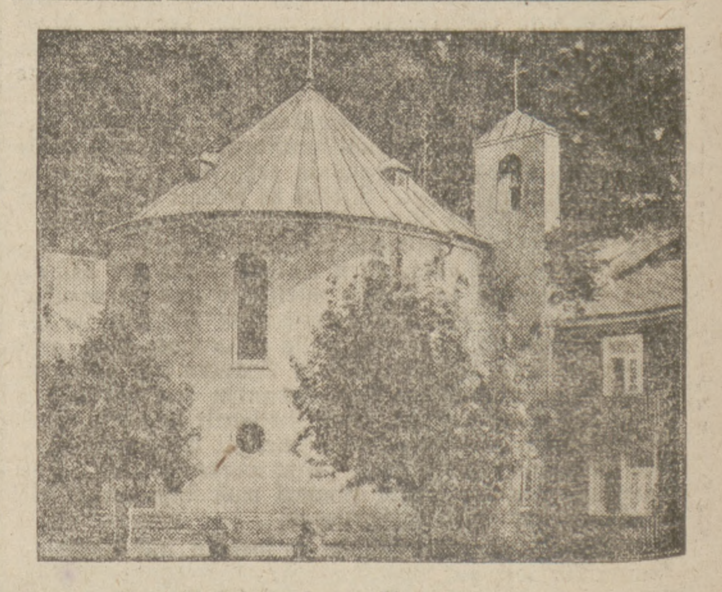
**Berlin.** Nach den Angaben des Warschauer Forschungsinstituts für Nationalitätenfragen sind, wie Berliner Blätter aus Warschau berichten, in den ersten 8 Jahren seit Errichtung des heutigen polnischen Staates 990 000 Deutsche aus dem polnischen Staatsgebiet ausgewandert. In der Zeit vom Waffenstillstandstag bis zum 1. Januar 1927 haben rund 840 000 Deutsche Posen und Pommerellen verlassen, während 100 000 Deutsche aus Ostoberschlesien und 50 000 aus den übrigen Landsteilen Polens auswanderten.

## Briand in Genf eingetroffen

**Berlin.** Der französische Außenminister Briand ist nach einer Meldung Berliner Blätter in Genf am Sonntag abend eingetroffen. Auf dem Bahnhof hatten sich der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch und eine Reihe anderer Völkerbundsdelegierter zur Begrüßung eingefunden.

## Mexiko wird Mitglied des Völkerbundes?

**New York.** Wie aus gut informierten mexikanischen Kreisen mitgeteilt wird, soll Mexiko beabsichtigen, in allernächster Zeit Mitglied des Völkerbundes zu werden.



**Eine Gedächtniskapelle für Matthias Erzberger**

Die Gedächtniskapelle unweit der Mordstelle in Griesbach (Schwarzwald). Zum Andenken an den vor zehn Jahren ermordeten Reichsminister Matthias Erzberger wird am 20. September vor dem Kurhaus in Griesbach im Schwarzwald eine Kapelle Regina Pacis (Friedenskönigin) feierlich eingeweiht werden.

# Einleitung der Hilfsaktion für Arbeitslose

## Die Arbeitslosigkeit in den Industriegebieten nimmt zu — Die Arbeitsinspektorenkonferenz in Warschau Gegen das Ueberstundenunwesen — Ein Graf für die Arbeitslosen

Der ehemalige Ministerpräsident Witos hat einmal einer Delegation, welche sich bei ihm über die schlechte Wirtschaftslage beschwert hat, gesagt, daß es noch viel schlechter werden wird. Das bezog sich nicht auf die heutigen Verhältnisse, sondern auf die damaligen, aber wir können heute dasselbe behaupten, ohne daß wir Gefahr laufen, mit dem Namen „Propheten“ beschimpft zu werden. Wir verweisen hier auf die Tatsache, daß in den Industriegebieten rücksichtslos weiter reduziert wird.

**In dem schlesischen Industriegebiet stehen eine Reihe von modern eingerichteten Werken vor der völligen Stillegung. Die Laurahütte in Siemianowitz, ein technisch hoch entwickeltes Hüttenwerk, soll stillgelegt werden, in welchem noch vor einigen Jahren mehr als 5000 Arbeiter beschäftigt waren.**

Die Blei- und Silberhütte im Kreise Rybnik soll ebenfalls stillgelegt werden und in unzähligen Industriebetrieben bestehen Absichten, weitere Arbeiterentlassungen vorzunehmen.

**Die Industriewerke in unserer Wojewodschaft sind in die Hände mächtiger Konzerne geraten, die mehrere solche Werke in demselben Industriegebiet ihr eigen nennen.**

Die Arbeitsrationalisierung hat bewirkt, daß ein großes Werk den ganzen Absatz befriedigen kann, so daß das zweite Werk, das derselben Gesellschaft angehört, überflüssig wird. Sie wollen daher die Produktion auf ein Werk konzentrieren und die anderen Werke schließen, um an Produktionskosten zu sparen. Daher die Schließung der Betriebe und Reduzierung von Arbeitern. Wir gehen in der Wojewodschaft ernsten Zeiten entgegen, in welchen die Not des Volkes noch viel größer sein wird, als sie ohnehin schon heute ist.

In dem benachbarten Kohlengebiet Dombrowa liegen die Dinge genau so, wie bei uns. Erschreckend hoch ist die Zahl der Arbeitslosen in dem winzig kleinen Kohlengebiet.

**Nach amtlicher Feststellung der letzten Woche sind dort 24 260 Arbeitslose gezählt worden und die Zahl der Kurzarbeiter, die nur zwei bis drei Schichten in der Woche arbeiten, beträgt 22 063 Arbeiter. Zwei Drittel der Industriearbeiter im Dombrowaer Kohlengebiet sind entweder Arbeitslose oder Kurzarbeiter. Das ist doch eine wahre Tragödie des arbeitenden Volkes, überhaupt wenn man bedenkt, daß nur etwa 3000 Arbeitslose die Arbeitslosenunterstützung bekommen.**

Wie die anderen Unglücklichen leben, und was sie essen, danach soll man lieber nicht fragen.

In Warschau spricht man zwar von einer besonderen Hilfe für die Arbeitslosen, aber davon ist vorläufig noch nichts zu sehen. Es kommt eine Meldung aus Warschau, daß beim Arbeitsminister Hubicki in der vergangenen Woche

**eine Konferenz der Arbeitsinspektoren**

stattgefunden hat. Alle Arbeitsinspektoren sollten sich zu dieser Konferenz eingefunden haben. Gegenstand der Beratung war zuerst die Abschaffung der Ueberstunden in der gesamten Industrie in Polen, ein Uebelstand, auf den wir unzählige Male hingewiesen haben, und der von den Arbeitergewerkschaften heftig bekämpft wird. Tausende stehen vor den Fabriktoren und warten auf Arbeit, und in der Fabrik selbst werden mehrere Ueberstunden durch die im Produktionsprozeß befindlichen Arbeiter angelegt.

**Die Regierung hat diesen Uebelstand stillschweigend geduldet, ja, sie hat vielen Betrieben die Erlaubnis erteilt, die Arbeitszeit bis zu 10 Stunden pro Schicht zu verlängern, weil der „Lewiatan“ das so haben wollte.**

Die Arbeiter haben schon jede Hoffnung fahren lassen, daß es hier jemals besser sein wird. Nun haben sich die Arbeitsinspektoren mit diesem Uebelstand in einer besonderen Konferenz befaßt und sie kamen zu dem Entschluß,

**daß die Ueberstunden verboten werden müssen.**

Wir stimmen diesem Beschluß zu.

Das Arbeitsministerium hat noch den Arbeitsinspektoren anheimgestellt, dahin zu wirken, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter in den Betrieben möglichst erhöht wird, allerdings nicht durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, denn das läßt der „Lewiatan“ nicht zu und ein Minister wird es nicht wagen, gegen den Willen des mächtigen Kapitalistenverbandes etwas zu unternehmen. Daher werden nur

**halbe Mittel angewendet, die niemandem schaden, den Arbeitern aber auch nicht helfen werden.**

Man wird die Vorschriften über Frauenarbeit und die Arbeit der Jugendlichen etwas schärfer handhaben, und das ist alles. Zum Schluß hat das Arbeitsministerium eine diesbezügliche Instruktion für die Arbeitsinspektoren bekanntgegeben, und damit war die Arbeitsinspektoren-Konferenz beendet.

Das ist nun ein Teil der „großen Aktion“, die im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit eingeleitet wurde, von der sich aber kein einziger Arbeitsloser etwas verspricht. Den anderen Teil der Hilfsaktion hat ein polnischer Graf eingeleitet, um mit einem guten Beispiel voranzugehen. Was ein polnischer Graf tut, ist — wohgetan und er will auch dafür gelobt werden, was auch in der kapitalistischen Presse gründlich besorgt wird. Es ist das der Graf Komorowski, der Präses des Vereins für die Zucht von Rassepferden in Polen. Dieser „gute Graf“ hat für den Verein der Pferde-Rassen-Zucht, für die Suppenküchen den Betrag von 75 000 Zloty an das Arbeitslosenhilfskomitee überwiesen. Dem guten Herrn Graf und auch dem Verein für Pferdezucht ist es nicht im Traum eingefallen, diesen Betrag aus eigener Tasche bezw. Kasse auszuwerfen. Er hat das Geld gegeben und gleichzeitig hat der Verein bei dem Pferderennen den Eintritt um 50 Groschen pro Person erhöht. Die Besucher der Pferderennbahn werden das bezahlen und das Gefühl haben, daß sie ein „wohltätiges Werk“ erfüllt haben. Alle werden sich gehoben fühlen, der Graf Komorowski, der Verein für die Zucht von Rassepferden und die Besucher der Rennbahn. Ob die Arbeitslosen, beim Genuß der Armensuppe dasselbe Gefühl haben werden, ist natürlich sehr fraglich. Die eingeleitete

**Hilfsaktion für die Arbeitslosen zeitigt bereits praktische „Erfolge“.**

Der Kampf gegen die Ausdehnung der Arbeitslosen wird durch die Arbeitsinspektoren geführt, indem sie einen Arbeiter bezw. Arbeiterin nach Hause schicken werden, um an ihre Stelle einen anderen Arbeiter zu stellen. Die Fürsten und Grafen, die sich da weigern, die Steuern in Naturalien zu zahlen, weil sie wissen, daß der Steuersequestrator es nicht wagen wird, einen Grafen zu pfänden, werden durch Vereine für Bullen, bezw. Pferdezucht, Beträge an die Hilfskomitees überweisen, damit sie als Wohltäter in die Zeitung kommen und lassen sich diese Beträge später durch das Publikum zurückzahlen, indem sie die Eintrittspreise erhöhen. So haben wir uns die ganze Aktion vorgestellt, als sie eingeleitet wurde, und sie entwickelt sich auch in diesem Sinne. Die Arbeiter werden mit dem ganzen Wohltätigkeitsdusel aufräumen und eine gesetzliche Regelung der Hilfsaktion verlangen müssen.

# Die Hallerfeier in Friedenshütte

## Die Lawine über Deutschland — Der Preußengeist muß erdrückt werden

Gestern hat die großangekündigte Hallerfeier in Friedenshütte stattgefunden. Sie war als eine Machtdemonstration der polnischen nationalistischen Elemente gedacht, die sich in der Opposition, gegenüber dem heutigen Regime, die man bekanntlich mit dem Namen Korfantyrichtung zu bezeichnen pflegt. Der Besuch war angeblich sehr groß. Die imposante Machtdemonstration war nicht besonders imposant gewesen, was aber nicht hindert, daß man in nationalistischer Hinsicht alles Dagewesene überboten hat.

Zu der Feier ist General Haller persönlich erschienen und mit ihm eine Reihe von bekannten Politikern aus dem Korfantylager, wie Sejmmarschall Wolny, Stadtverordnetenvorsteher Piechulek, die Sejmabgeordneten Broncel, Kendzior, Balcer, dann die Geistlichen Godlewski, Schymala u. a. Eine Anzahl von Korfantyorganisationen sind mit Fahnen erschienen. General Haller wurde „stürmisch“ begrüßt, der auch die Defilade abgenommen hat.

Im weiteren Verlauf der Feier wurden große Reden gehalten. Als erster sprach Oberst Modelski, der sich in sehr scharfen Worten gegen die Deutschen wandte. Der Redner sagte u. a. folgendes:

**„Wir stellen fest, daß wir im Abwehrkampfe für Oberschlesien keinen Fußtritt Erde preisgeben und an Blut und Leben nicht dabei sparen werden, selbst dann nicht, wenn unser Abwehrkampf den Weltbrand verursachen sollte.“**

Dann wurde geschworen, daß alle bereit sind, sich dem Führer Korfanty zur Seite zu stellen, falls der Erbfeind die Hand nach dieser Erde ausstrecken sollte.

Nach der Absingung der „Rota“ sprach General Haller, der noch weiter ging als der Vorredner. In „flammenden Worten“ sagte der General — schreibt die „Polonia“ — rückt die Zeit des Endkampfes an. Auf die „Haßwelle“ von Osten hinweisend, die ganz Europa zu überziehen droht, sagte General Haller,

**daß die Deutschen kaum ahnen, wie die Lawine über sie kommen und sie von der Bildfläche wegfegen wird. Die Zeit — prophezeite Haller weiter — in der es zwischen Frankreich und Deutschland und Deutschland und Polen zu einem Zusammenstoß kommen wird, ist nicht fern. Die Hegemonie Preußens muß verschwinden und die Deutschen werden Frankreich und Polen dankbar sein, daß sie den Preußengeist losgeworden sind.**

Dann ermahnte General Haller alle Polen, auf der Wacht zu bleiben und an der physischen und geistigen Ertüchtigung des Volkes zu wirken. Nur ganz nebenbei wurde darauf hingewiesen, daß es in Polen schlecht ist und daß man sich nach dem Rechtszustand sehnt. Korfanty hat an der Feier in Friedenshütte nicht teilgenommen, denn er nahm an einer Chadecjakonferenz in Krakau teil. Durch die Abwesenheit Korfantys sollte der Eindruck geweckt werden, daß es sich in Friedenshütte

**um eine allgemeine polnische Machtkundgebung gegen Deutschland handelt.**

Wir unterstreichen jedoch, daß keine einzige politische Persönlichkeit von der Sanacjarichtung an den Feierlichkeiten teilgenommen hat.

Zu der Hetzrede des Generals Haller wäre nur noch zu bemerken, daß Haller gegenwärtig gar keine Rolle in Polen spielt. Er möchte aber nicht im Verborgenen blühen und drängt sich durch solche Hetzreden vor. Ob ihm dieser neue nationalistische Erguß etwas einbringen wird, ist kaum anzunehmen.

# Polnisch-Schlesien

## Der Geist in Genf

Was in den letzten Wochen an verantwortlichem und unverantwortlichem Zeug in Europa zusammengeredet worden ist, geht auf keine Kuhhaut herauf. Es ist gerade so, als habe man eine Anzahl von Panoptikum-Sprechautomaten gleichzeitig aufgezogen, die nun in allen Tönen, vom pastoralen Friedensgesäusel bis zum eisernen Donnerhall, miteinander und gegeneinander reden. Das Ende vom Liede ist, daß keiner den anderen verstanden hat; daher der Name: Völkerverständigung.

Was uns als unbefangene Betrachter dieser Redewasserfälle nicht in den Kopf will, ist das: Wenn die Verständigungsonkel der halben Welt sich wirklich mit der ehrlichen Absicht zusammensetzen, um dem Kriegsgott derart eins aufs Dach zu geben, daß er dauernd dienstuntauglich wird, oder ein internationales Schiedsgericht aufzubauen, das jedem, der mit der Flinte spielt, tüchtig auf die Pfoten haut, ja, hätten sie es dann nötig, jahrelang mit vielen schönen Reden um den Friedensbrei herumzugehen? Denn der ewige Friede, um den die Sache sich dreht, wäre mit einem Federstrich gemacht, wenn diese Verständigungsonkels nur ehrlich wollten. Aber davon ist ja gar nicht die Rede. Die Rede ist dort immer von den vielen Reden, die so aussehen, als ob sie Friedensreden wären. Bevor man den Frieden praktisch durchführen will, hat man vorher noch viel wichtigere Dinge zu regeln.

Man müßte z. B. Richtlinien treffen, die sämtliche Regierungen verpflichten sollen, den Kriegsgeist aus Schulen, Universitäten usw. herauszutreiben, oder wie man Munitionsfabriken und Schlachtschiffswerften für die friedliche Produktion umstellt. Aber das wird nicht getan. Was nämlich bis jetzt immer im Vordergrund aller Verhandlungen stand, war nichts anderes, als ein gewöhnicher Handel um Rüstungsvorteile. Zeigte einmal wirklich eine Nation eine kleine Spur von gutem Willen, ihre Heeresausgabe um ein paar hunderte von Mark zu streichen, und kam dann eine andere und sagte: Mein Heer ist noch viel zu klein, um meine nationalen Belange und den Weltfrieden zu wahren, dann schrie der erste wieder: Was, wenn Ihr soviel Belange zu wahren habt, dann haben wir noch mehr zu wahren; also denken wir nicht an Abrüstung! Und so weiter. Es ist immer wieder eine herrliche Feilscherei.

Der Vertreter eines kleinen Staates stand eines Tages auf und sagte: „Wir besprechen so eifrig das Abrüstungsproblem, als ob es sich um die schwierigste Sache von der Welt handeln würde. Ich schlage vor, daß die bewaffneten Nationen ganz einfach ihre sämtlichen Waffen auf Schiffe verladen und diese an einem bestimmten Tage zu einer bestimmten Stunde gleichzeitig ins Meer versenken, wo es am tiefsten ist. Wir glauben, es war der vernünftigste und ernsteste Vorschlag, der jemals in einer solchen hohen Versammlung gemacht wurde. Und was war der Erfolg? Stürmisches Gelächter.

Und nicht weniger bezeichnen für den Geist in Genf. ist auch wohl die Tatsache, daß die holländische Abordnung, die im Jahre 1923 einen Antrag eingebracht hatte, nicht nur den Angriffskrieg, sondern jeden Krieg als verächtlich und geächtet zu erklären, diesen ihren Antrag sehr schnell wieder zurückzog, wahrscheinlich, um sich nicht ebenfalls dem Gelächter preiszugeben.

Wie schön sie dort alle immer reden, flöten und mauscheln, die großen Friedenssprechkünstler, die demokratischen, polnischen und deutschen Zeitungskleckser zerschmelzen immer vor den schönen Reden irgend eines solchen Friedensapostels, die dort nur in Genf auf Politur halten, obwohl ihre Reden nichts sagen und zu nichts verpflichten, denn ganz stille, aber, abseits von all den feinen Redekomödien unserer Verantwortlichen und Unverantwortlichen, tut sich in beinahe jedem Land noch eine „Verständigungskonferenz“ auf. In Deutschland war es der Stahlhelmtag in Breslau, wo man auf Welle 1914 seine Generalsreden gefunkt hatte, in Polen die Legionärstagung in Wilna, die Minderheitengeschichten bei uns in Oberschlesien, und nicht zuletzt die Pazifizierungsaktion gegen die Ukrainer, wo man mit rauhen Tritten in dem Porzellanladen herumtrat, den nun Curtius und Zaleski wieder aufrichten müssen.

Sollen die Worte der Staatsmänner aber Wirklichkeit werden, sollen die Verträge nicht nur Papierfetzen sein, die im gegebenen Augenblick zerrissen werden, so muß die arbeitende Bevölkerung aller Länder ihr Geschick selbst in die Hand nehmen, denn das Heil kommt von unten und nicht von oben, denn alles, was diese Staatsmänner bis heute für den Weltfrieden getan haben, bestand nur in feierlichen Worten, denen jedoch in ihren Ländern keine entsprechenden, sondern nur gegenteilige, Taten gefolgt sind.

## Furchtbares Unglück in der Ortschaft Friedek

### Sechs Tote bei einem Hauseinsturz.

**In der Sturmnacht zum 5. September ereignete sich in der Ortschaft Friedek, im Kreise Pleß, ein schreckliches Unglück, welches 6 Todesopfer forderte. Dort stürzte der Giebel des Hauses ein, welches dem Karl Borecki gehört. Dieser Giebel war ohne stützendes Gebälk, da wenige Tage zuvor das Dach des Hauses durch Blitzeinschlag abbrannte. Die schweren Mauerstücke durchschlugen die Zimmerdecke der Wohnung, in welcher gerade die Familie des Borecki schlief. Die Folgen dieses Einsturzes waren furchtbar, da 6 Familienmitglieder den Tod fanden und zwar die Ehefrau Agnes Borecki, ferner 5 Kinder, nämlich der 16jährige Anton, die 12jährige Agnes, der 10jährige Ludwig, der 6jährige Franz und der 1 Jahr alte Alois. Der achtjährige Theodor erlitt sehr schwere Verletzungen und ist, nach Erteilung erster, ärztlicher Hilfe, nach dem Plesser Spital geschafft worden. Die Verschütteten konnten erst nach mehrstündiger, anstrengender Arbeit, geborgen werden. Das bedauerliche Unglück und den Tod haben die Betroffenen selbst verschuldet, da sie, trotz des Verbotes des Gemeindevorstehers, eigenwillig weiter in der Wohnung verharrten. Auch der schwergeprüfte Ehemann Karl Borecki hat seiner Frau dringend abgeraten, nach dem Brande weiter in dem Hause zu verweilen. Er befand sich während des schrecklichen Unglücks bei der Arbeit und zwar auf Richthofenschacht in Siemianowitz.** F.

## Belieferung der Belegschaften mit Winterkartoffeln

Wie alljährlich, hat auch die Hauptkommission des Arbeitgeberverbandes in ihrer Sitzung beschlossen, in diesem Jahre die Belegschaften der Gruben und Hütten mit Winterkartoffeln zu versorgen. Den Beschlüssen nach, werden die gelieferten Kartoffeln zum Selbstkostenpreise abgegeben. Die Höchstmenge der an die verheirateten Arbeitnehmer abzugebenden Kartoffeln darf für den Arbeitnehmer selbst und für jedes in seinem Haushalt lebende Familienmitglied, nicht mehr als 4 Zentner betragen, die Gesamtmenge ist jedoch unbeschränkt. Ernährer erhalten Kartoffeln wie die Verheirateten, Ledige dagegen weder Kartoffeln noch Kartoffelvorschüsse. Einen Kartoffelvorschuß erhalten nur diejenigen Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz von der Arbeitsstelle zu weit entfernt haben. Eine Nichtbelieferung ist ausgeschlossen, andererseits muß aber die bestellte Menge unbedingt abgenommen werden. Zwecks Vermeidung von nachträglichen Reklamationen, bezüglich der Güte der Kartoffeln, wird jeder Waggon im Beisein je eines Vertreters des Betriebs- bezw. Angestelltenrates geöffnet und die Kartoffeln auf ihre Qualität hin geprüft. Die freigegebenen Kartoffeln werden weder zurückgenommen, noch ersetzt. Kartoffelbezieher haben sich sofort in den dafür bestimmten Büros und bei den Vorgesetzten der einzelnen Verwaltungen zu melden. m.

## Großfeuer in Eichenau

Sonntag nachts, gegen 2 Uhr, geriet die Herrn Kroll gehörende Dampfziegelei in Brand. Der starke Wind begünstigte das Feuer, sodaß die 13 erschienenen Feuerwehren die mit 4 Motorspritzen arbeiteten, schwere Arbeit leisten mußten, um des Feuers Herr zu werden. Die Familie Kroll mußte aus der Wohnung herausgeholt werden, weil die Treppen des Hauses auch verbrannten. Der Schaden wird auf 300 000 Zloty geschätzt, da ein großes Quantum Getreide und Mehl verbrannten. Die Maschinen sind vollständig vernichtet. Es wird Brandstiftung als Ursache angenommen.

## Aquaristik und Naturschutz

Der Gau 9 (Oberschlesien) des Verbandes deutscher Vereine für Aquarien- und Terrarienkunde hat in diesem Sommer unter Leitung von Herrn Stenzel vom Bobreker Verein Riccia, Bobrek-Karf I, Carostraße 6, eine reiche Tätigkeit entfaltet. Die Fischbörsen, die in diesem Jahre bis jetzt in Oppeln, Gleiwitz, Bobrek, Ratibor stattgefunden haben, erfreuen sich unter den Mitgliedern großer Beliebtheit, und man geht damit um, sie auch für die Schuljugend nutzbar zu machen. — Als ein schöner Erfolg ist die Ausstellung des Gleiwitzer Aquarienvereins zu buchen, die vom 27. Juni bis 5. Juli 1931 in Gleiwitz stattgefunden hat und durch die Beteiligung der Gleiwitzer Oberrealschule, der Provinzialstelle für Naturdenkmalpflege in Oberschlesien und einer Gleiwitzer Gartenbaufirma (Kakteenausstellung) einen allgemein naturwissenschaftlichen Rahmen gehabt hat. Die Ausstellung war gut besucht, auch von Liebhabern aus Oberschlesien und der Tschechoslowakei.

Da der Gau 9 zu gleicher Zeit auch Verband naturschutzpflegender Vereine ist, liegt ein enges Zusammenarbeiten mit der Provinzialstelle in der Natur der Sache. Der Provinzialkommissar stellt für Vorträge dem Gau das Bilderarchiv zur Verfügung und ist gern bereit, in den einzelnen Vereinen auf Anruf Lichtbildervorträge zu halten. — Zur Unterstützung von Wanderungen in Oberschlesien ist für die einzelnen Gebiete eine Liste von Vertrauensmännern aufgestellt, die gern bereit sind, Führungen zu übernehmen.

# Im Kampf um die deutsche Schule

### Die Minderheitsschule in Emanuelssegen — Entlassung von deutschen Lehrkräften
### Die Tragik der deutschen Privatschule — Was ist Unmoral? — Das Ende vom Liede

Als nach der Uebernahme Oberschlesiens in Emanuelssegen, unter dem Regime des Rektors Schniehotta, eine deutsche Minderheitsschule gegründet werden sollte, hatten die Vertreter der deutschen Schulkommission, Moeser und Pielorz, mit Sch. einen schweren Kampf auszustehen, da er um jeden Preis die Gründung verhindern wollte. Auch die Geduld und Ausdauer der Elternschaft ist zu bewundern, die, trotz Strafe und Schulstreiks, sich nicht entmutigen ließen und schließlich doch die Errichtung einer deutschen Minderheitsschule erzwangen. Der größte Gegner war, wie schon gesagt, der damals hier tätige Rektor Schniehotta, ein Deutscher und ehemaliger preußischer Reserve-Offizier, der

**plötzlich über Nacht seine Gesinnung wechselte und zum Deutschenhasser wurde.**

Im blinden Haß begann er, die, an der damaligen Simultan-Volksschule tätigen Lehrerinnen und Lehrer zu entlassen, und an deren Stelle den östlichen Kulturträgern Platz zu machen. Trotzdem blühte aber die deutsche Minderheitsschule, obwohl die Lehrer dort, wie in einem Taubenschlag, wechselten.

**Für treue Dienste ums Polentum erhielt Sch. eine Directorstelle an einer höheren Schule in Kattowitz.**

An seine Stelle in Emanuelssegen kam der Schulleiter Trembaczewsky. Auch unter seiner Leitung sind die Zustände nicht besser geworden. Eine Zeitlang sogar erteilte ein kongreßpolnischer Lehrer deutschen Unterricht,

**der mit der deutschen Sprache auf dem Kriegsfuße stand.**

Um endlich einmal Ruhe zu haben und dem seelischen Kampf ein Ende zu machen, entschloß sich die deutsche Elternschaft,

**eine deutsche Privatschule einzurichten.**

Der Gedanke wurde zur Tat! Durch das Entgegenkommen des Prinzen von Pleß wurde eine solche in den Räumen des ehemaligen Fürstlichen Warenhauses mit zwei freundlichen und modernen Schulklassen errichtet. Die Leitung übernahm der ehemalige Gymnasiallehrer Schröer, der als tüchtiger Pädagoge bekannt ist u. sich in kurzer Zeit die Kinderherzen erwarb, ebenso den Eltern ein guter Berater war. Nun glaubten die Deutschen, daß endlich der Kampf um die Schule beendet sei und sie in aller Ruhe der Erziehung der Kleinen entgegensehen können.

Im August vergangenen Jahres wurde plötzlich bekannt, daß

**auf Anordnung der Wojewodschaft, die deutsche Privatschule bis auf weiteres geschlossen worden ist.**

Wie ein Donnerschlag wirkte diese Nachricht in den Kreisen der deutschen Minderheit. Unter Führung der polnischen Lehrer

**zogen die Kinder, weinend, in die polnische Schule um.**

Und hier beginnt die Tragödie, die zwei Menschen wiederum um Brot und Existenz brachte. Wie nachträglich noch bekannt wurde, hat eine Schulkommission, seitens der Wojewodschaft, die Räume der deutschen Privatschule besichtigt und dabei festgestellt, daß diese angeblich zu feucht sein sollten. (Wer dachte dabei nicht an die Schulverhältnisse in unseren östlicheren Provinzen?!) Auf Anordnung der Schulbehörde wurden einige Mauern niedergerissen und, mit Rücksicht auf die vorherigen Mängel, mit entsprechendem Material wieder aufgebaut. Nach einigen Monaten wurde der Unterricht in der Privatschule wieder aufgenommen. Da die vorhandene Lehrkraft nicht mehr ausreichte, wurde eine Lehrerin, Fräulein Hoffmann, neu eingestellt. Nun schien die Sache bis zu den Ferien in Ordnung zu sein.

Nach Schulbeginn wartete der Eltern jedoch eine neue Ueberraschung! Und zwar wurden dem Schulleiter, Herrn Schröer und der Lehrerin, Fräulein Hoffmann,

**die von der Schulabteilung der Wojewodschaft nötige Bestätigung nicht erteilt!**

Als Grund wurde angegeben, daß

**die Kinder der deutschen Privatschule unmoralisch (!) erzogen wurden!**

Diese Feststellung wurde gemacht, als seinerzeit, während der Schließung der Privatschule, der Unterricht in der polnischen Schule abgehalten wurde. Dort sollten die Kinder sich, angeblich Zettelchen mit erotischem Inhalt geschrieben haben, so daß es dem polnischen Lehrpersonal auffiel. Wie merkwürdig! So viele Jahre unterrichtete der Lehrer Schröer die Kinder und nie hatte er Gelegenheit, diese „Unmoral“ an seinen Schülern festzustellen.

Ueber die moralischen Begriffe wollen wir uns an dieser Stelle nicht weiter auseinandersetzen, denn polnisches Lehrpersonal hat uns oft genug Beispiele seiner Auffassung über Moral gegeben. Vor nicht allzu langer Zeit berichtete der „Glos Gornego Slonska“ über einen solchen Fall, der sich in unserer Gemeinde zugetragen hat und

**weswegen auch zwei Prozesse vor dem Kattowitzer Gericht stattfanden und mit der Versetzung der Lehrer und Lehrerinnen endete.**

Auch andere Vorfälle kamen in den polnischen Schulen vor, aber wir wollen darüber aus moralischen Gründen schweigen Hier macht man jedoch aus einer Mücke einen Elefanten. Es scheint so, als ob man es nur auf die Entlassung zweier deutscher Lehrer abgesehen hatte. Die Lehrerin Hoffmann war übrigens zur Zeit der angeführten Vorfälle noch nicht im Dienst. Warum wurde auch sie nicht für die Privatschule bestätigt? Sieht die Gleichberechtigung der Deutschen bei uns so aus?

**Ueber die Schließung der Privatschule kann man jetzt zweierlei Meinung sein.**

Jedenfalls sieht man, wohin das führt. Die Erziehungsberechtigten legten gegen die Nichtbestätigung des Gymnasiallehrers Schröer und der Lehrerin Hoffmann Protest ein. Die Leitung der deutschen Privatschule übernahm der Gymnasiallehrer Urbanek.

# Kattowitz und Umgebung

### Zusammenlegung der Magistratsbüros in Kattowitz.

Nach erfolgter Verlegung, bezw. Konzentration der städtischen Aemter in Kattowitz, die längst angestrebt war und vor einigen Wochen durchgeführt worden ist, können sich die Interessenten, welche mit dem Magistrat in Fühlungnahme stehen, über die Lage der städtischen Büros in der Anfangszeit schwer orientieren. Unter viel Zeitverlust werden nach alter Gewohnheit die bisherigen Amtsräume, so u. a. auch in Zawodzie und in Zalenze, aufgesucht. Der Magistrat erachtet es daher als erforderlich, nochmals den nachstehenden Lageplan der städtischen Büros in Kattowitz bekannt zu geben.

Im neuen städtischen Bürohaus auf der Mlynska 4, befindet sich im 1. Stockwerk die Stadthauptkasse, die Rechnungsabteilung und die städtische Steuerkasse; im 2. Stockwerk die Steuerabteilung, sowie das städtische Armenfürsorgeamt; im 3. Stockwerk das städtische Wohlfahrtsfürsorgeamt, unter Leitung des Dezernenten Stadtrat Dr. Przybylski; im 4. Stockwerk die städtische Baupolizei, sowie das Vermessungsamt; im 5. Stockwerk das städtische Tiefbauamt, unter Leitung des Magistratsrats Posiadly, ferner die Bauabteilung, sowie das Vollziehungsamt; im 6. Stockwerk das städtische Hochbauamt unter Leitung des Dezernenten Stadtbaurat Sikorski.

Im alten Stadthaus auf der Pocztowa 2 ist untergebracht worden: im 1. Stockwerk die Präsidialabteilung mit dem 1. Bürgermeister, das Standesamt, die Expedition, die Materialienverwaltung, sowie das Büro des Stadtverordneten-Vorstehers; im 2. Stockwerk die Schulabteilung, das Amtszimmer des 2. Bürgermeisters Skudlarz, das Versicherungsamt, das Mietseinigungsamt, sowie das Kaufmanns- und Gewerbegericht, die Amtsräume der Stadträte Golla, Maciejczyk und Czaplicki; im 3. Stockwerk das statistische Amt, das Presseamt, die Bibliothek, sowie die Amtsräume des Stadtrats, Direktor Wielebski, schließlich die städtische Polizei und der Stadtausschuß.

Im städtischen Gebäude auf der Pocztowa 16 (fr. Bank Przemyslowcow) im Parterre die städtische Sparkasse; im 1. Stockwerk die Abteilung für Wohnungsangelegenheiten, das Amtszimmer des Stadrats Mroczkowski, ferner Büroräume der städtischen Sparkasse; im 3. Stockwerk die Büros für die städtische Häuserverwaltung, das Büro für Staatsangelegenheitsfragen.

Im städtischen Kassengebäude auf der Pocztowa 7 in Parterre die städtische Sparkasse; im 1. Stockwerk das städtische Adreß-Meldebüro; im 2. Stockwerk die Militärabteilung.

Im Rathaus Zawodzie, ulica Krakowska, das dortige Standesamt, das Meldebüro für den Ortsteil II, das Arbeitsvermittlungsamt, sowie das Arbeitslosenfürsorgeamt, die Mütterberatungsstelle.

Im Rathaus Zalenze-Domb das dortige Standesamt, ferner das Meldebüro für den Ortsteil III, die zahnärztliche Klinik für Behandlung von Schulkindern, die Mütterberatungsstelle.

Im Rathaus Ligota-Brynow das Standesamt, das Meldebüro für den Ortsteil IV und die Mütterberatungsstelle. y.

**Frequenz im städt. Obdachlosenasyl.** Eine kurze Uebersicht über die Verpflegung Obdachloser im städtischen Obdachlosenasyl in Zalenze, gewährt die Jahreszusammenstellung pro 1930. Am Jahresanfang wurden aus dem vorangegangenen Monat 48 Männer und 7 Frauen, zusammen 55 Obdachlose weiter übernommen. Es meldeten sich, im Laufe des Berichtsjahres, 1979 obdachlose Männer und 303 Frauen. Hierbei handelte es sich um 1840 Auswärtige und nur 442 Obdachlose aus Kattowitz und der näheren Umgegend. Am Jahresende verblieben im Heim nur noch 71 Männer und 7 Frauen, zusammen 78 Obdachlose. y.

**Kurze „Freude“.** Aus der Räderwerkstatt des Wichara auf der ulica Mlynska in Kattowitz, wurden 2 Transmissionsriemen gestohlen. Die Polizei verhaftete den Ferdynand Gerhard aus Kattowitz, welcher diesen Diebstahl verübte und stellte ihn der Gerichtsbehörde zur Verfügung. x.

**Zawodzie.** (Schnell gefaßt.) Mittels Nachschlüsseln gelangte ein Spitzbube in die Amtsräume des Schulleiters Josef Holoma in Zawodzie und entwendete aus einer, auf dem Tische liegenden Tasche, 700 Zloty, schloß dann das Büro wieder ab und entfernte sich in unbekannter Richtung. Unter dem dringenden Verdacht, den Diebstahl verübt zu haben, wurde der Wilhelm H. aus Brynow verhaftet. x.

**Zawodzie.** (Verkehrsunfall.) Der Fuhrwerkslenker Niedzwicki wollte auf der ulica Krakowska in Zawodzie der Straßenbahn ausweichen, stieß aber mit dieser zusammen und wurde schwer verletzt. Man schaffte den Verletzten in das städtische Spital in Kattowitz. Nach den inzwischen eingeleiteten Untersuchungen, soll der Verletzte selbst die Schuld an diesem Verkehrsunfall tragen, weil er nicht der Verkehrsordnung entsprechend, gefahren ist. x.

# Königshütte und Umgebung

### Die Arbeitslage in der Königshütte.

Die gegenwärtige Arbeitslage neigt im allgemeinen zu einer weiteren Verschlechterung. Die erhofften Regierungsaufträge sind, bis auf ganz geringe Ausnahmen, überhaupt nicht eingetroffen und werden voraussichtlich auch nicht vergeben. Der russische Auftrag verschiedener Stab- und Walzeisen geht seiner Aufarbeitung entgegen, da die Lieferzeit bis Oktober läuft. Aus diesem Grunde gelangte auch Schnellwalzwerk und die Strecke 1 in den letzten Tagen zur Einstellung. Die dadurch freigewordene Belegschaft dieser Betriebe, wird zum größten Teil in der Apparatur weiter beschäftigt, die vollauf an dem holländischen Eisenbahnschienenauftrag zu tun hat. Die bisherige Arbeitsweise in allen Betrieben wickelt sich normal ab, wenn auch Feierschichten eingelegt werden Die Belegschaft beträgt über 4000 Arbeiter und Angestellte.

Aehnlich verhält es sich in den Betrieben der Werkstättenverwaltung. Nach Aufarbeitung besonderer Aufträge, müssen in der Brückenbauanstalt seit einigen Wochen, Feierschichten eingelegt werden, die noch bis zum Ende d. Mts. andauern werden. Nach Eingang von Material hofft man, den Betrieb wieder voll beschäftigen zu können. Die Weichenfabrik hat ihre Feierschichten einschränken können, nachdem ein ausländischer und ein mittlerer Regierungsauftrag erteilt wurde. Letzterer ist langfristig und erst zum Januar und April nächsten Jahres lieferbar. Schlecht bestellt ist es um die Waggonfabrik, die gegenwärtig an einigen breitspurigen Straßenbahnwagen und russischen Drehgestellen mit Feierschichten arbeitet. Aussichten für eine Bessergestaltung sind wenig oder gar nicht vorhanden und man schon damit rechnet, daß, wenn nicht irgendwelche Aufträge erteilt werden, mit Arbeiterentlassungen in den nächsten Wochen zu rechnen ist.

Unverständlich bleibt es nach, wie vor, daß allen Waggonfabriken Aufträge erteilt wurden, nur der Königshütter Waggonfabrik nicht. Während die Federnschmiede an Federn genügend zu tun hat, sind die Aufträge im Preßwerk so gering, daß nur noch zwei Schichten in der Woche verfahren werden können. Dasselbe gilt von den Schmiedewerkstätten der Räderfabrik. Die Radsatzdreherei hat an der neuen Bereifung von amerikanischen Radsätzen zu tun. Für die weitere Zeit sind die Aussichten überall sehr unbeständig.

Die Kohlengruben haben mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen und hoffen mit dem Eingang der kälteren Zeit, den Feierschichten durch neue Aufträge ein Ende bereiten zu können.

**Deutsche Theatergemeinde.** Am 22. September wird die diesjährige Konzertsaison mit einem Konzert der berühmten Wiener Sängerknaben eröffnet, während das Landestheater aus Beuthen am 29. September mit Zuckmaiers wirkungsvoller Komödie „Der Hauptmann von Köpenik“, beginnt. Unsere Mitglieder haben eine Ermäßigung von 25 Prozent, bei allen Vorstellungen. Wir bitten, die Mitgliedschaft baldigst zu erneuern oder neu anzumelden. Wir machen auch auf das Schauspielabonnement aufmerksam, das auf die normalen Preise noch eine Ermäßigung gewährt. Das Theaterbüro im Hotel Graf Reden ist von 10 bis 13 und 16,30 bis 18,30 Uhr geöffnet. Telefon 150.

**Die Stadt vergibt Arbeiten.** Der Magistrat Königshütte hat die Lieferung von Tischen, Stühlen und Bänken für die städtische Handelsschule ausgeschrieben. Angebote sind bis zum 10. September, vormittags 10 Uhr im städtischen Bauamt, Zimmer 137 einzureichen. Unterlagen im Zimmer 128 erhältlich. — Ferner sind die Kanalisationsarbeiten im städtischen Grundstück an der ulica Hajducka 22 auszuführen. Die Oeffnung der Offerten erfolgt am 15. September, vormittags 10,30 Uhr im Stadtbauamt, Zimmer 137. Entsprechende Unterlagen werden im obengenannten Amt, Zimmer 122 ausgegeben. m.

**Ausschreibung.** Der Magistrat hat die Verpachtung des „Hotel Polski“ mit allen Zugehörigkeiten an der ulica Wolnosci 28 ausgeschrieben. Angebote sind versiegelt bis zum 15. September, mittags 12 Uhr an die Grundstücks- und Häuserverwaltung, Rathaus, Zimmer 121 einzureichen. Daselbst sind auch die vorgeschriebenen Offertenformulare gegen eine Gebühr von 1 Zloty erhältlich. m.

**Vom Rathaus.** Zweiter Bürgermeister Dubiel ist von seinem Erholungsurlaub zurückgekehrt und hat die Dienstgeschäfte wieder übernommen. m.

**Anmeldung von Wandergewerbepatenten.** Die Polizeidirektion Königshütte macht bekannt, daß Anträge für die Ausstellung eines Wandergewerbepatentes für das Jahr 1932 spätestens bis zum 31. Oktober d. Js. an die Polizeidirektion gestellt werden müssen. Jeder Antrag muß mit einer 3 Zloty-Stempelmarke versehen sein, dem eine Photographie des Antragstellers in Paßformat beizufügen ist. Personen, die ihre Anträge erst nach Ablauf der festgesetzten Frist stellen, haben zu gewärtigen, daß sie das Wandergewerbepatent erst nach Neujahr erhalten. m.

**Vom Auto angefahren.** Eine gewisse Marie Schimanska wurde an der ulica Krzyzowa vom Personenauto Sl. 9242 angefahren und erlitt verschiedene Verletzungen am Körper. Die Bedauernswerte mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. m.

**Beleuchtet die Hausflure.** Die Tage nehmen zusehend ab, die Zeit der Treppenbeleuchtung rückt wieder heran. Darum ist es notwendig, in allen Fällen, wo die Haustür nach Dunkelwerden geöffnet ist, das Anzünden der Lampen, bezw. die Treppenbeleuchtung nicht außer Acht zu lassen, um sich nicht in Gefahr begeben zu müssen, für etwaige Unfälle infolge ungenügender Treppenbeleuchtung große Summen ausgeben zu müssen. Kleinliche Sparsamkeit hat sich hier oft bitter gerächt. Im übrigen wird auf die bestehende Polizeiverordnung hingewiesen, die den Hausbesitzern das Beleuchten der Flure und Treppen zur Pflicht macht, anderenfalls Bestrafung vorgesehen ist. m.

## Myslowitz

### Kirchensteuer auf der Myslowitzgrube.

Die Sanacjapresse hat berichtet, daß die Regierung sich an die Gemeinden wenden wird, bezw. sich schon gewendet hat, mit dem Ersuchen, die Steuerzahler zu schonen. Sie sind ausgepumpt, die Steuerzahler und können kaum noch atmen. Man ist in Warschau zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine weitere Anziehung der Steuerschraube, einer völligen Vernichtung der Steuerquelle gleichkommt. Doch will niemand auf die Steuer verzichten und am wenigsten die Kirche, der es verhältnismäßig, trotz der schrecklichen Wirtschaftskrise, ganz gut geht. Die Myslowitzer Pfarrei ist, wenn wir von Groß-Piekar absehen, materiell am besten situiert, aber sie ist scharf auf das Geld und nimmt dort, wo es sich nur nehmen läßt. Am vergangenen Lohntag, am 15. August, haben die Kumpel eine arge Ueberraschung erlebt, denn man zog ihnen von den kargen Löhnen die Kirchensteuer ab. Die Lohnzahlung erfolgte für die schlechte Zeit, indem die meisten Kumpels 14 bis 16 Schichten gearbeitet haben. Der Lohnbeutel war fast leer gewesen und da kommt die Kirche und nimmt davon, bei manchen fast den Rest des Lohnes, die Kirchensteuer.

Wir unterstreichen noch, daß solche Steuereinziehung im Gesetz nicht begründet ist. Die Grubenverwaltung hatte kein Recht, die Kirchensteuer vom Lohne abzuziehen, und wenn sie das auch durchgeführt hat, so werden die Arbeiter gut tun, wenn sie die Rückzahlung der abgezogenen Beträge verlangen und eventuell Klage gegen die Verwaltung anstrengen.

Die Belegschaftsversammlung hat sich mit dieser Frage befaßt und verlangte vom Betriebsrat die Einleitung entsprechender Schritte. Der Betriebsrat drückt sich, da dort die braven Christen die Oberhand haben. Sanacja, N. P. R. und die deutschen Christen, haben einen Block gegen die Klassenkampfgewerkschaften geschlossen und sie sind alle klerikal, bis auf die Knochen und müssen deshalb das Maul halten, wenn die Pfarrei die Hand nach dem kargen Lohn der Arbeiter ausstreckt. Ueber diesen Betriebsrat wird noch viel zu sagen sein und wir werden uns ihn einmal speziell vornehmen. Er hat bereits viel Sünden auf dem Gewissen, wie die Deputatkohle, die vielen Angestellten widerrechtlich gekürzt wurde, weil der neue Betriebsrat seine Pflicht versäumt hat. Bei der Kirchensteuerangelegenheit hat der Betriebsrat völlig versagt und man muß darauf gefaßt sein, daß er in allen anderen Dingen versagen wird. Das ist darauf zurückzuführen, daß ungeeignete und unfähige Leute an die Spitze kamen, die ihr persönliches Interesse im Auge haben, anstatt die Interessen der Belegschaft zu wahren.

## Schwientochlowitz u. Umgebung

**Friedenshütte.** (Uhrendiebstahl.) Auf dem Wochenmarkt in Friedenshütte wurde dem Arbeiter Adam Gaidzik eine Herren-Nickeluhr, Marke „Anker", im Werte von 120 Zloty gestohlen. Vor Ankauf wird gewarnt. x.

**Lipine.** (Tödlicher Sturz aus dem 4. Stockwerk.) Auf eine bedauerliche Weise kam, infolge seines Leichtsinns, der 50jährige Arbeiter Robert Pytel in Lipine zu Tode. Er kehrte in betrunkenem Zustand nach Haus zurück und beugte sich über die Fensterbrüstung. In dieser gefährlichen Lage schlief er unter dem Einfluß des Alkohols ein, verlor dann das Gleichgewicht und stürzte so auf das Pflaster hinunter. Der Verunglückte erlitt einen Schädelbruch und war auf der Stelle tot. x.

## Pleß und Umgebung

### Die Arbeitslosenküche in Nikolai.

Fast schien es, als ob die neu zu errichtende Arbeitslosenküche in Nikolai nicht zustande kommen wollte. Nach wiederholten Debatten zwischen Arbeitslosenhilfskomitee und Magistrat, ist endlich in den letzten Tagen die Küche eingeführt worden. Vorläufig haben nur die unverheirateten Arbeitslosen einen Anspruch auf diese Küche, und dafür sind ihnen auch die Lebensmittelbons entzogen worden. Natürlich sind die ledigen Arbeitslosen, wohl 150 an der Zahl, mit der neuen Lösung zufrieden, denn da viele von ihnen keinen eigenen Haushalt führen, nutzten ihnen auch die Lebensmittelzuweisungen nichts, und sie kommen jetzt doch besser weg. Auch mit den Portionen sind die Arbeitslosen zufrieden, sowohl an Qualität, als auch in bezug auf Quantität, und etwas besser, als die bischöflichen Wassersuppen, wird ja dort scheinbar gekocht.

Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß es zwar in Nikolai an derartigen Einrichtungen nicht mangeln dürfte, denn in jeder Volksschule und in beiden Gymnasien sind Küchen eingebaut, nur stehen die Dinge so, daß der Magistrat nicht in der Lage ist, daselbst einen Betrieb zu eröffnen. Als nämlich z. B. im Mädchengymnasium eine Arbeitslosenküche eingerichtet werden sollte, beschwerte sich die Leiterin der Schule bei der Wojewodschaft über diese Absicht, und der Plan des Magistrats wurde zu Wasser. Da keine anderen Möglichkeiten vorlagen, sah sich der Magistrat gezwungen, diese Küche im Privatgebäude einzurichten, was leider nur darauf schließen läßt, daß er viel zu nachgiebig ist, denn die Errichtung einer Arbeitslosenküche dürfte wohl in jeder Beziehung wertvoller sein, als die, wahrscheinlich unmotivierte, Beschwerde einer Schulleitung.

**Schwerer Autounfall auf der Piotrowitzer Chaussee.** Auf der Chausseestrecke zwischen Piotrowitz-Nikolai kam das Halblastauto der Firma „Rotband" in Lodz, ins Schleudern und prallte gegen einen Chausseebaum. Der Kraftwagen wurde schwer beschädigt. Der Chauffeur Sigmund Nitecki erlitt erhebliche Körperverletzungen. Man schaffte den Verletzten nach dem städtischen Spital, wo ihm ein Notverband angelegt wurde. x.

**Golassowitz.** (Der Fleischbeschauer erhebt Wucherpreise.) Wir haben im „Volkswille" bereits geschrieben, daß die Familie Dolczyk in Golassowitz sämtliche Futterkrippen die amtlicherseits zu vergeben sind, besetzen will. So ist der Sohn vom Dolczyk amtlicher Fleischbeschauer in Golassowitz. Für die Fleischbeschauer gibt es Vorschriften, nach welchen, für den Trichinenbeschau eine bestimmte Summe an Beschaugebühren zu entrichten ist. Dolczyk jun. ist wohl in demselben Glauben wie sein Vater, daß Gesetze und Vorschriften nur für die Bürger da sind, die sich nicht zur Sanacja bekennen. Er hat für den Fleischbeschau verschiedene Taxen. Schlachtet ein Freund von ihm, so nimmt er die vorgeschriebene Taxe. Bei den Anderen nimmt er Wucherpreise. Oft nimmt er dreimal so viel wie vorgeschrieben ist. Wir sind nur neugierig, ob Dolczyk jun. auch die Einnahmen, die er von den Bürgern einnimmt, wahrheitsgetreu einbucht, denn ein jeder Fleischbeschauer muß eine Buchführung haben, denn er ist verpflichtet, von dem Gelde Einkommensteuer zu zahlen. Macht er das nicht, so bestiehlt er die Ojczyzna, die er aus Gewinnsucht über alles liebt, um die Einkommensteuer. Es wäre sehr angebracht, wenn von maßgebender Seite bei Dolczyk jun. eine gründliche Revision vorgenommen wird, um den Sanacjajüngling, an die Pflichten, die er dem Staate gegenüber zu erfüllen hat, zu erinnern. Von seiten des Amtsvorstandes geht das nicht, denn sein Vater ist Amtsvorsteher. Es muß schon von der Starostei kommen. *.

## Rybnik und Umgebung

**Stanowice.** (Spitzbuben in der Ziegelei.) In die, zum Gute Stanowice bei Rybnik gelegene Ziegelei drangen bis jetzt unbekannte Diebe ein und entwendeten einen 17 Meter langen und 15 Zentmtr. breiten Transmissions-Riemen im Werte von 370 Zloty. Vor Ankauf des Diebesgutes wird gewarnt. x.

**Skrzyszowitz.** (Großes Schadenfeuer.) Auf dem Anwesen des Landwirts Franz Klapuch, in der Ortschaft Skrzyszowitz, brach ein großer Brand aus. Das Wohnhaus wurde, zugleich mit der Scheune und größeren Getreidevorräten, sowie landwirtschaftlichen Maschinen, vernichtet. Der Gesamtschaden soll 20 000 Zloty betragen. Der Betroffene war gegen Brandschaden mit 16 000 Zloty versichert. x.

## Tarnowitz und Umgebung

**Beim Rangieren verunglückt.** Auf der Bahnstation Tarnowitz verunglückte, beim Rangieren von Güterwaggons, der Paul Owczarek, und zwar wurde er vom Puffer eines Waggons am Kopfe verletzt. Man schaffte den Verletzten in das Spital in Tarnowitz. x.

**Sucha Góra.** Der Zarząd Gminy berichtigt: Na umieszczony artykuł w „Volkswille" z dnia 1. września 1931 roku Zarząd tutejszej gminy żąda stanowczo umieszczenia poniższego sprostowania a mianowicie: 1. nieprawdą jest, żeby były Naczelnik gminy p. Wiśniowski był prawnie przez ludność wybrany, gdyż przez siedem lat sprawiał urząd ten tylko komisarycznie, ponieważ nie posiadał pomiędzy ludnością zaufania. 2. największym kłamstwem jest, żeby terazniejszy Naczelnik gminy był rzadko obecnym w biurze, gdyż codzień urzęduje od godz. 8-mej rano do godz. 12-tej. W razie gdy udaje się gdzieś w sprawach urzędowych, sprawuje urzędowanie sekretarz, a polityki się w biurze gminnym nie uprawia. 3. prawdą jest, że za czasów urzędowania komisarycznego Naczelnika p. Wiśniowskiego została zabudowana miejscowa sieć elektryczna, jednak najwięcej starań dołożył były 1. ławnik, obecny Naczelnik gminy p. Wojtasik, który nie jest komisarycznym tylko prawnie i jednogłośnie przez radę gminną wybrany i zatwierdzony przez Starostwo na 6 lat. 4. za niespełna dwuletniego urzędowania obecnego sołtysa została wybudowana wieża strażacka, która groziła zawaleniu się, również droga w Kol. Ruda jest całkiem nowo budowana i jest na ukończeniu. Ponieważ gmina posiada 30 tysięcy długu za wybudowanie sieci elektrycznej postanowiono pobierać podatek budynkowy o minimalnej wysokości 1 proc. od tysiąca. 5. co do palacza i placu szkolnego podaje się, że nie jest to sprawą gminną tylko zarządu szkolnego. Nadmienia się, że autor tego artykułu nie jest dobrze obeznany w sprawach tutejszej gminy. 6. co do wyborów podaje się, że listy wyborcze były wyłożone do publicznego wglądu w przeciągu 14 dni, a który pomimo tego nie figurował, w liście wyborczej nie był według przepisów do głosowania dopuszczony. Uprasza się o umieszczenie powyższego sprostowania w całości, gdyż w przeciwnym razie oddamy sprawę tę do sądu.

Rada gminna. Naczelnik gminy.

## Sport vom Sonntag

### Ruch Bismarckhütte — Wartha Posen 2:0 (1:0).

Auch dieses Spiel auf eigenem Platz brachte den Bismarckhüttern einen viel überzeugenderen Sieg, als es das Resultat ausdrückt. Denn Ruchs Stürmer übten sich im Auslassen der Torchancen, und kurz nach Spielbeginn hätte es unter normalen Umständen bereits 3:0 für den Platzbesitzer lauten müssen. Aber gerade der linke Flügel mit Wlodarz, sonst die Stärke Ruchs, versagte. Und auch Peterek, verdarb viel durch Langsamkeit. Dafür war der kleine Urban am rechten Flügel, obgleich auch er eine totsichere Sache ausließ, der Held des Tages, und auch beide Tore schoß. Der Mittelläufer spielende Badura, entwickelte sich immer mehr zu einem Spieler großen Formats, ebenso der kleine unermüdliche Dziwis. Fehlerfrei arbeitete auch das Schlußtrio, nur solte Mazur im Tor die Stuhlfautmaieren, sich im Strafraum herumzutreiben, doch lieber unterlassen, da es ihm doch umal verhängnisvoll werden könnte. Wartha zeigte herzlich wenig und wurde von Ruch zeitweise in Grund und Boden gespielt. So war der, erst in der 20 Minute erzielte, 1. Torerfolg von Urban schon längst fällig. Dabei blieb es bis zur Pause. Wenn man glaubte nach der Halbzeit als die Posener jetzt mit dem Winde spielten, mehr aus sich herausgehen würde, so sah man sich durch das weiter überlegen geführte Spiel der Bismarckhütter weiter angenehm enttäuscht. Denn höchst selten brauchte die Ruch-Verteidigung nur in Aktion zu treten, und hatte keine große Mühe, die wenigen Angriffe des Gegners erfolgreich abzuwehren. So war Urban abermals der Torschütze des 2. Tores, daß er in der 29. Minute ähnlich, wie das 1., durch Nachsetzen erzielte. Damit gab sich Wartha geschlagen, denn ihre Angriffe wurden immer matter, aber auch Ruch gibt sich mit dem errungenen Sieg zufrieden, und so ertönt der Schlußpfiff des Schiedsrichters Wardenskiewicz (Lodz), der einwandsfrei leitete.

## Der König von Troplowitz

Roman von Olga Wohlbrück. (Nachdruck verboten.)

63)

Auf der Treppe tuschelten die Schreiber.

Was hatte der Herr Fabian: Paranoia?? Und sie stießen sich leise an und flüsterten mit dem schadenfrohen heimlichen Grinsen der Kleinen, wenn die Großen ein Unglück trifft:

„Heest es bei den Hunden auch a su?"

Erschreckt wichen sie einem kleinen Herrn aus, mit blassem Gesicht, der den weichen Schlapphut tief in die Stirn gedrückt hatte.

Das war Siegmund Cappel. Er kam, sich Informationen holen.

*

Madame Fabian wachte die ganze Nacht in einem Lehnsessel am Bett ihres Sohnes. Kathinkel lag quer vor der nur angelehnten Kammertür auf einem Strohsack. Im Gang hatte ein starker Knecht sich sein Nachtlager aufgeschlagen.

Aber dieser Aufwand von Ueberwachung und Vorsicht war ganz unnötig gewesen.

Herrr Valentin Fabian schlief tief und fest durch bis zum Abend des nächsten Tages. Die zweite Nacht wurde unruhiger.

Die Frauen nähten an einer Zwangsjacke nach den Angaben des Doktors. Die wurde dem Herrn Valentin Fabian von Kathinkel und dem Knecht übergeworfen, wenn es nur den Anschein hätte, als käme er in Wut.

Madame Fabian wimmerte:

„Tut's ihm nit weh... hört's ihr... nit wehtun..."

Das erstemal hatte man ihn allein in der ausgeräumten Kammer liegen lassen, als er tobte über den Zwang. Und nur der Knecht war ab und zu gekommen, um einen Eimer mit Wasser über ihn auszugießen.

Seitdem genügte die Androhung der Zwangsjacke. Er warf sich auf sein Bett, vergrub den Kopf in den Armen und blieb stundenlang so liegen. Schwerer war es, ihn zum Essen zu bewegen. Bis Kathinkel auf den Gedanken kam, es ihm hinzustellen in irgendeine Ecke, und ihn allein zu lassen.

Das Gesinde, Kathinkel und Maruschka an der Spitze, versäumten es nie, sich zu bekreuzigen, wenn sie von Herrn Fabian sprachen. Mittelalterlicher Aberglaube war noch fest in ihnen eingewurzelt, und lieber als den Doktor hätten sie Seine Hochwürden gesehen in der Kammer.

Jedenfalls wurde er von Tag zu Tag ruhiger. Wollte nur niemanden sehen, weder den Gustav Hennig noch seine Frau oder die Anna Hennig mit dem Felixel.

„Weg, weg," sagte er nur und drehte sich ab zur Wand und zeigte ein so von Wut entstelltes Gesicht, daß niemand es mehr wagte, zu ihm einzudringen.

Wenn der Doktor kam flüchtete er in eine Ecke. Blickte wie ein knurrendes Tier. Und einmal schrie er ihn an:

„Was haben Se mit meinem Schädel gemacht? Was haben Se mir in mein Schädel gestoppt? Wozu haben Se's Apthekel, wenn ie nischte finden drinne für meinen Kupp?"

Und hätte sich bald auf ihn gestürzt in seiner Raserei, wenn die Zwangsjacke nicht plötzlich seine Arme reingefangen hätte...

Am sechsten Tage erst kam der Leo Fabian. Er brachte den großen Breslauer Chirurgen, Medizinalrat Doktor Middeldorpf mit, dessen Besuch er durch einen Eilboten im Burghause angekündigt, mit dem Auftrag, drei Zimmer für den Herrn Medizinalrat und seinen Diener im „Schlesischen Hof" zur Aufnahme bereitmachen zu lassen.

Die „Nachrichten" hatten bereits einen spaltenlangen Artikel über den berühmten Arzt gebracht, und wie immer war ein Teil der Stadt in ständiger Bewegung, um den Augenblick seiner Ankunft nicht zu versäumen.

Anna Hennig kam nicht wie sonst vors Tor, den Leo als erste zu begrüßen. Er mußte es ja wissen, daß er sie bei seinem Kinde fand, wenn er sie sehen wollte.

Sie wartete. Es dauerte lange. Eine Stunde vielleicht.

Leo Fabian hatte den Medizinalrat erst ins Hotel gebracht und war dann zu Fuß ins Burghaus gegangen.

Wie eine abergläubische Furcht war es in ihm, das Haus zu betreten, in dem er so Schweres erlebt, und das ihn jetzt zurückrief, um ihn vor ein neues Unglück zu stellen. Dazu kam, daß er mitten aus wichtigsten geschäftlichen Angelegenheiten herausgerissen worden war. Er hatte zwei entscheidende Sitzungen hinausschieben müssen.

Und wie er an dem Haus vorüberging, das stattlich schon in seiner halben Vollendung sich auf dem Platz erhob, dem einen Turm des Burghauses gegenüber, da flog ein Lächeln über seine Züge. Es ging doch vorwärts hier, ob er auch draußen weiter schuf an hundert neuen Plänen und Entwürfen.

Und ein zweites Lächeln riß an seine Lippen, als er der kleinen Dela gedachte, die wie ein rotes Röschen ihm entgegenflammen würde, bereit, sich wieder und so oft er es wollte, pflücken zu lassen zum Spaß einer Stunde... Sicher wartete sie unten in der Torfahrt neben dem Tante Annel... dem guten, einzig lieben Annel... Und so wollüstig kostete er die leise prickelnde Vorfreude aus, die beiden, denen er so viel war, nebeneinander zu sehen, daß er den Vater vergaß, um dessentwillen er hergefahren.

Aber weder die Anna Hennig empfing ihn noch die rothaarige kleine Tänzerin.

Gleichzeitig ging es ihm durch den Sinn, um wieviel leichter sich alles für ihn ordnen würde, wenn der Vater unmündig bliebe und er — der Fabians Aeltester — zu bestimmen hätte über Geld und Vermögenswerte.

Aber das war nur ein Augenblick. Und der Gedanke ging, bevor er noch zum Wunsch geworden, in dem Jammer unter, den er in der kleinen Kammer vor sich sah.

Unrasiert, mit langen Bartstoppeln um den tief herabgezogenen Mund, mit wirrem grauem Haar, ohne Kragen, eine zerrissene Joppe hab offen über der behaarten Brust — so stand Herr Valentin Fabian am Fenster.

„Vater...?!"

Mit den Augen bohrte sich der Kranke in des Sohnes Gesicht, blinzelte, winkte dann aufgeregt mit der Hand ab.

„Schon gutt... schon gutt... geh' nur... brauche nix... geh'..."

Gab dem Sohn nicht die Hand. Sah ihn bissel an, mit Augen, die flackerten.

„Haste noch eene Tockel mitbracht? Zeig' sie her. Hast se laufen sehen, die Rote? Im Kupp loft se mer um... mit den Stöckeln bohrt se sich mir ins Gehirne rin... Au weh... Marsch!"

Und drohend wiederholte er:

„Marsch! Macht alle, daß ihr furtkummt... alle brauche keenen... weg, ihr.. weg!"

„So is er nu immer," sagte Gustav Hennig und schloß sachte die Tür hinter sich und dem Leo. „Mit den Fremden is er no am vernünftigsten. Uns will er nimmer sehen. Aber Schmerzen muß er haben. Und grade im Kopf. Den Schädel kann mer ihm nit uffmeißeln..."

„Doch," sagte Leo, „doch. Darum habe ich den Middeldorpf hergebracht."

(Fortsetzung folgt.)

## Bielitz und Umgebung

### Pan Haas der Hausbesitzer.

Am Donnerstag, den 3. September l. J., war in der Bleichstraße große Aufregung. Der junge, aber doppelte Hausbesitzer, Pan Haas, wählte sich eine arme Mieterfrau für seine Sekatur. Die Nachbarn waren darob sehr aufgeregt. Sie nahmen die arme Mieterfrau, die sich und ihr unmündiges Kind vom schwer erarbeiteten Groschen ernährt, in Schutz. Der Pan Hausbesitzer hat harte Worte zu hören bekommen von den Nachbarn, denen das Menschengefühl wegen des Hausbesitzes nicht abhanden gegangen ist.

Der doppelte Hausherr, der der Brausch der „armen Hausbesitzer" angehört, blieb bei seiner Sekatur. Aber auch die Nachbarn harrten bei ihrem Standpunkte aus und versprachen dem „armen" Hausherrn, daß sie ihm den verdienten Ruhm nicht schuldig bleiben wollen. Die jetzige Notiz erfüllt eben diesen Zweck zum Teil. Sollte der Pan Haas fortan sekieren, dann werden die Nachbarn öfters die Oeffentlichkeit für diesen Herrn interessieren.

### Der Friede mit dem Vatikan.

**Der faschistische Staat bleibt Sieger.**

Im Laufe der Besprechungen zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung, in denen die Auflösung der Jugendvereinigungen der katholischen Aktion und die Tätigkeit der katholischen Aktion zur Debatte stand, gelangte man, wie bereits kurz gemeldet, zu einer Einigung, die auf folgenden Grundsätzen aufgebaut ist: Die katholische Aktion wird als reine Diözesanangelegenheit behandelt, die direkt den Bischöfen unterstellt ist. Durch die Bischöfe erfolgt auch die Bestellung von kirchlichen und weltlichen Führern. Als Führer sind Personen, die der Opposition gegen das Regime angehören, ungeeignet. Ihren religiösen Zielen entsprechend, beschäftigt sich die katholische Aktion nicht mit Politik. In ihren äußeren Organisationsformen enthält sie sich infolgedessen aller Angelegenheiten, die überkommenermaßen für politische Parteien charakteristisch sind. Als Fahne der Lokalverbände der Aktion dient die Nationalfahne. Zum Programm des Verbandes gehört nicht die Bildung von Berufsverbänden und Gewerkschaften, sie beschäftigt sich infolgedessen nicht mit gewerkschaftlichen Fragen und Zielen. Soweit innerhalb des Verbandes Zusammenschlüsse nach Berufsgruppen zur Zeit bestehen, gelten sie als ausschließlich zur Verfolgung spiritueller und religiöser Ziele gebildet und verpflichten sich ferner, daran mitzuarbeiten, daß die legale Gewerkschaft, der sie angehören, in immer umfassenderem Maße den Prinzipien der Zusammenarbeit der Klassen und den vom Staat gesetzten sozialen und nationalen Zielen gerecht wird. Die der katholischen Aktion angehörigen Jugendverbände dürfen Plaketten und Abzeichen führen, die genau den von der Aktion zu verfolgenden religiösen Zielen entsprechen. Als Fahne ist keine andere Fahne zugelassen als die Nationalflagge, mit Ausnahme von Prozessionsfahnen. Die Lokalverbände enthalten sich aller sportlichen und der Körperausbildung gewidmeten Tätigkeit und beschränken sich auf die Zusammenkünfte, die den Charakter der Erholung und Erziehung auf der Grundlage der Religion zu tragen haben.

**Stadttheater-Bielitz.** (Beginn d. Abonnements-Einschreibungen.) Die Bielitzer Theatergesellschaft m. b. H. teilt ihren Stammabonnenten mit, daß der Umtausch der Abonnements-Bestätigungen gegen die Abonnementskarten für die Spielzeit 1931/32 (1. Oktober 1931 bis 30. April 1932) in der Gesellschaftskanzlei Stadttheater 1. Stock, an den Wochentagen in der Zeit von 9—12 Uhr vorm. und von 3—5 Uhr nachm. vorgenommen werden kann. Bei Entgegennahme der Abonnementskarten ist die erste Abonnementsrate zu zahlen. Bei Gastspielen genießen die Abonnenten gegen Vorweisung ihrer Abonnementskarten an der Theaterkasse eine 10prozentige Preisermäßigung, außerdem steht ihnen zwei Tage vor dem allgemeinen Verkauf für die bezügliche Vorstellung das Vorkaufsrecht zu.

**Die Wiener Sängerknaben kommen.** Bei dem Gastspiel der Wiener Sängerknaben am 18., 19. und 20. September d. J. genießen unsere Abonnenten für ihre Sitze das Vorkaufsrecht, sowie eine 20prozentige Preisermäßigung gegen Vorweisung ihrer Abonnementskarten, nicht aber der Abonnementsbestätigungen. Der Kartenvorverkauf beginnt: am 14. September für die Dienstag-Abonnenten (Serie gelb), für die Aufführung am 18. September, „Hochzeit bei Laternenschein" von Offenbach, hierauf Chöre; am 15. Sept. für die Mittwoch-Abonnenten (Serie blau), für die Aufführung am 19. September, „Flotte Bursche" von Suppee, hierauf Chöre; am 16. Sept. für die Freitag-Abonnenten (Serie rot), für die Aufführung am 20. September, „Die Opernprobe" von Lortzing, hierauf Chöre. Ein Umtausch bereits gelöster Karten ist unzulässig. Am 17. September allgemeiner Kartenvorverkauf.

# Kommissarenwirtschaft ohne Ende

In normalen Zeiten müßte eine solche Debatte, wie sie im Schlesischen Sejm über die Kommissarenwirtschaft in den Krankenkassen in Bielitz und Teschen durchgeführt wurde, zur

**sofortigen Beseitigung der kommissarischen Selbstherrschaft**

führen. Gen. Abg. Dr. Glücksmann hat an Hand von Tatsachenmaterial die kommissarische Mißwirtschaft in all ihren Zweigen beleuchtet. Keine Uebertreibung — nur Tatsachen.

Der Abbau früherer, gediegener Angestellten, vorwiegend deutscher Nationalität, Anstellung neuer, der Sanacja gefügiger Werkzeuge, Anstellung von Personen, die bereits eine Einkommensquelle besitzen, insbesondere die Anstellung von Frauen, deren Männer oder Angehörige bereits gut versorgt sind — das ist mit Tatsachenmaterial belegt worden.

Ebenso klar ist festgestellt worden, daß die „Verbilligung der Verwaltungskosten" auf den Abbau der sozialen Leistungen (früher 52, jetzt 39 Wochen), auf die Reduktion der Angestelltengehälter, und schließlich auf die Einführung von Abzahlungen für Medikamente und zahntechnische Arbeiten.

Herr Abg. Kapuscinski vom Sanacjalager, der die kommissarische Wirtschaft rechtfertigen wollte, mußte wahrnehmen, daß seine Lanze zerbrach. Seine eigenen Parteifreunde, ebenso die Kommissare mußten gestehen, daß die Verteidigung fehlschlug. Nicht etwa deshalb, weil Abgeordneter Kapuscinski unfähig wäre, sondern nur deshalb, weil er sich zur Wehr einer schlechten Sache setzte. Da hilft keine Rednergabe, da hilft keine Verdrehungskunst, am allerwenigsten der Verleumdungsversuch.

**Ein skandalöser Fehlschuß.**

Herr Abg. Kapuscinski wollte einen pikanten Schlager konstruieren. Ohne wesentlichen Zusammenhang mit der Sache selbst erzählte er, Abg. Dr. Glücksmann wäre gleichzeitig Rechtsvertreter der Krankenkasse und Vorsitzender der Schiedskommission gewesen. Schon in der Sejmsitzung erhielt der unglückliche Verteidiger einer schlechten Sache eine gehörige Abfuhr. Abg. Dr. Glücksmann gab diese Tatsache zu, fragte aber, was eigentlich mit dieser Behauptung bezweckt werde. Warum sagt Herr Abg. K. nicht die weitere Behauptung, daß in einer Kumulation dieser zweier Aemter irgend ein Widerspruch bestünde? Schon aus diesem Grunde, weil die Krankenkasse eine Aufsichtsbehörde hat, welche längst diesen Zustand behoben hätte, wenn irgend eine Ungebührlichkeit darin bestünde. Herr Abg. K. sprach ein zweitesmal. Er kam aber auf diese Angelegenheit nicht mehr zurück. Wohlweislich! — Denn es zeigte sich nachher, daß jetzt unter der Kommissarwirtschaft

**Herr Dr. Malinowski, Syndikus der Krankenkasse zugleich Vorsitzender der Schiedskommission ist.**

Was jetzt recht ist, war früher billig.

Herr Abg. K. hat also nur aus Verleumdungssucht diese Erwähnung gemacht und sich eine Schlappe geholt, an die er und seine kommissarischen Informatoren noch lange erinnert werden müssen. Die kommissarische Krankenkassenwirtschaft ist in dieser Sejmsitzung entschieden verurteilt worden. Alle die oppositionellen Klubs des Sejms — die Chadecja, die Deutsche Wahlgemeinschaft und der Sozialistische Klub — stimmten für unseren Antrag, der die

**Wiederherstellung der Krankenkassenautonomie**

verlangt. So hat der Sejm beschlossen. Die Kommissarenwirtschaft geht trotzdem weiter. Kleine, kleinliche Menschen, glauben, oder wollen glauben machen, daß unser Kampf ein persönlicher sei. Lachhaft, kleinlich, albern.

Uns ist es herzlich gleichgültig, ob Herr Fikus, Plonka oder ein anderer Kommissar die Kassen verwaltet. Wir würden diese Namen gar nicht erwähnen, wenn nicht gerade ihre Besitzer augenblicklich das Amt der Kommissare innehätten und Werkzeuge des Sanacjaregimes wären.

Uns geht es darum, daß die Krankenkassen durch jahrzehntelange Kämpfe der Arbeiterklasse erobert wurden. Jahrzehnte durch die Interessierten verwaltet wurden. Jahrzehnte hindurch wurden diese Institute zum Wohle der Versicherten ausgebaut. Gerade unsere Krankenkasse wurde als Muster für ganz Polen gepriesen. Der Ausbau war noch lange nicht beendet. Diese zielbewußte, opfervolle Tätigkeit wurde plötzlich abgebrochen. Eine „neue" Etappe begann mit der Kommissarenwirtschaft, eine Etappe des Abbaues der sozialen Leistungen, des fortschreitenden Niedergangs eines Tummelplatzes für sanatorische Nutznießer.

Der Sejm hat hat in seiner erdrückenden Mehrheit (29 Stimmen gegen 19 sanatorische, welche Zahl ohnehin nur mit Terror erobert wurde) die kommissarische „Selbstverwaltung" verurteilt. Die Herren scheren sich nicht darum. Um so ärger für die Versicherten.

Der Kampf ist nicht beendet. Der Kampf geht weiter. Nicht gegen Personen! Für die Sache selbst. **Für die uneingeschränkte, gesetzlich gewährleistete Selbstverwaltung der Krankenkassen!**

### Hast du in deiner Wohnung Licht und Luft?

Die Erkenntnis ist heute allgemein verbreitet, daß Luft und Licht zum Leben gehören, und der moderne Städtebau nimmt auf diese gesundheitlichen Notwendigkeiten auch die gebührende Rücksicht. Aber wie ist es mit den alten Wohnungen, die immer noch in der Mehrzahl sind und die nach anderen Gesichtspunkten gebaut sind?

Auch die Inhaber von alten Wohnungen, mitten in der Stadt, können mehr Luft und Licht daheim genießen, wenn sie sich in ihrer Wohnweise entsprechend verhalten.

Ueber die Lichtverhältnisse in alten Wohnungen bei dichter Wohnweise hat man in Berlin Untersuchungen angestellt. Und da hat man gefunden, daß auch das zerstreute Tageslicht mitten im Häusergewirr Entzündungsbakterien abzuschwächen und mit der Zeit abzutöten vermag.

Allerdings ist die Wirkung im Raume verschieden, und diese Wirkung hängt von der Art der Fensterbenutzung ab. Doppelfenster wirken ungünstiger als einfache Fenster ohne diese doppelten Glaswände, und, besonders ungünstig wirken diese Doppelfenster, wenn sie schlecht gereinigt sind. Stärker wirken die einfachen Fenster, und bei ihnen ist die Wirkung des Lichtes im Zimmer am stärksten direkt vor dem Fenster, so daß es eine gesundheitliche Notwendigkeit ist, diesen Fensterplatz zum Wohnplatze zu machen, wie von uns bereits vor einiger Zeit in anderem Zusammenhange angeregt worden ist.

Außer dem Licht gehört auch gute Luft in die Wohnung, und auch hierüber hat man jetzt Untersuchungen angestellt. Wie Dr. Ilzhöfer hierüber im Archiv für Hygiene berichtet, haben diese Untersuchungen gezeigt, in wie verschiedener Weise die Luft im Wohnraum zusammengesetzt ist.

Die Ventilation, die zur Wohnung gehört, ist verschieden. Im höheren Stockwerk ist die Luftzirkulation schon an und für sich stärker als im unteren Stockwerk. Aber jetzt läßt sich die Hygiene der Luft wesentlich verbessern durch bewußte Lüftung.

Die Wände atmen bekanntlich, und so erneuert sich die Luft auch, wenn der Mensch nicht weiter für Lüftung sorgt. Aber diese Ventilation genügt nicht. Bei Wind ist sie allerdings stärker, Temperaturdifferenzen von Innen- und Außenluft bedeuten nicht so große Schwankungen in der Lüftung als die Windrichtung. Förderlich ist der natürlichen Lüftung auch, wenn die Tapete die Wand nicht so weit nach oben bedeckt, denn die Tapete behindert die natürliche Ventilation viel stärker als ein Farbanstrich.

Was aber wesentlich zur Besserung der Zimmerluft beiträgt, das ist die Lüftung durch das Fenster oder die Tür. Wir müssen von Zeit zu Zeit das Fenster öffnen und wir erreichen dadurch, daß die Ventilation des Raumes wesentlich besser ist. Auch das Oeffnen der Ofentür beeinflußt die Ventilation des Raumes wesentlich. Was aber am stärksten einwirkt und die Verbesserung der Luft um 75 Prozent bedeutet, daß ist die kleine Oeffnung am oberen Fensterteil. Es sollte eigentlich kein Haus mehr gebaut werden, das diese wichtige und bequeme Ventilation nicht kennt.

Mangelhaftes Wohnen läßt leicht dazu neigen, die hygienischen Erfordernisse zu vernachlässigen. Aber diese Untersuchungen zeigen, wie sehr dennoch auch die alte Wohnung durch bewußte Hygiene gesundheitlich verbessert werden kann und daß solche hygienische Benutzung der Wohnung sich notwendig günstig auswirkt vor allem an Leib und Seele des in diesen Wohnungen aufwachsenden jungen Geschlechts.

## Wo die Pflicht ruft!"

**Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielitz.**

Montag, den 7. Sept. um 5 Uhr Handballtraining, um 7 Uhr abends Diskussionsabend.

Dienstag, den 8. Sept. um 7 Uhr abends Gesangsstunde bei „Tivoli".

Mittwoch, den 9. Sept. um 7 Uhr abends Mitgliederversammlung.

Donnerstag, den 10. um 7 Uhr abends Theaterprobe, um 5 Uhr nachm. Handball-Wettspiel.

Samstag, den 12. Sept. um 6 Uhr nachm. Volkstanzabend.

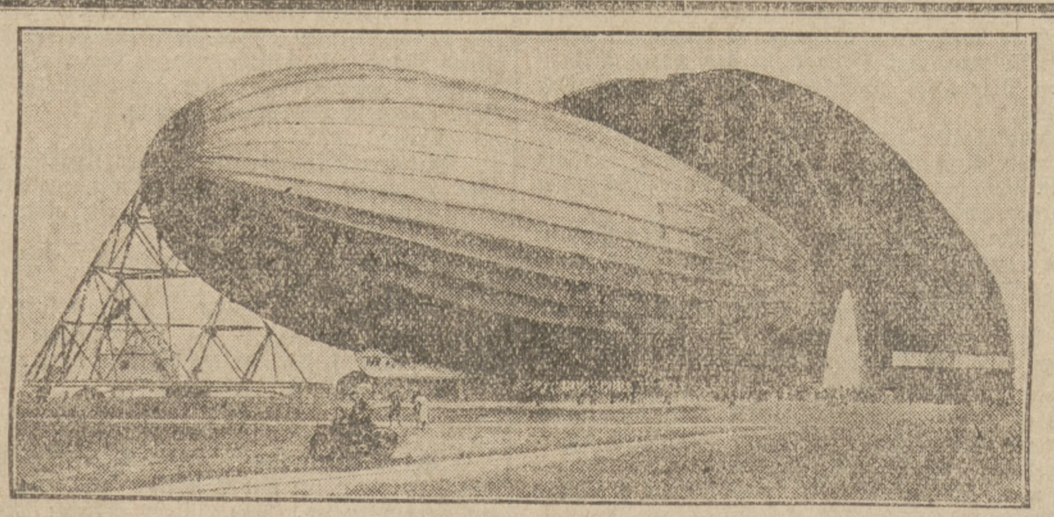
Sonntag, den 13. Sept. um 5 Uhr früh Vereinstour nach Miedzybrodzie. Abmarsch Punkt ½6 Uhr früh ab Vereinszimmer.

Zu dem am Montag stattfindenden Diskussionsabend werden alle Kultur-, Sport- und Gesangvereine freundlichst eingeladen. Die Vereinsleitung.

**Arbeiter-Abstinentenbund in Bielitz.** Am Montag, den 7. September, nachm. 6 Uhr, findet im Vereinszimmer der Kinderfreunde (Arbeiterheim) eine Mitgliederversammlung der Arbeiter-Abstinenten statt. Da wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind, ist ein vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder notwendig!

**Sitzung sämtlicher Vorstände der sozialdemokratischen Bewegung (Gesangverein, Turnverein, politische Partei) in Nikelsdorf findet am Dienstag, den 8. d. Mts., 7 Uhr abends, bei Huppert (Zigeunerwald) statt.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein „Vorwärts" Aleksandrowice.** Dienstag, den 8. September, findet um ½8 Uhr abends, im Arbeiterheim Aleksanderfeld die fällige Vorstandssitzung obengenannten Vereins statt. Den Vorstandsmitgliedern sowie den Subkassierern wird es zur Pflicht gemacht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Der Obmann.



**Das größte Luftschiff der Welt startet**

Der amerikanische Luftriese „Akron", der zweimal so groß wie „Graf Zeppelin" ist, wurde zum erstenmal aus seiner Luftschiffhalle gezogen. Die gigantischen Ausmaße sind daraus ersichtlich, daß für den Transport aus der Halle 250 Männer benötigt wurden und daß ein besonders großer Ankermast (links) für ihn erbaut werden mußte.

# Freigewerkschaftliche Rundschau

## Die britischen Gewerkschaften vor und nach dem Sturz der Arbeiter-Regierung

Bei allen Versuchen, die in den letzten Monaten in Großbritannien von den verschiedensten Kommissionen und Regierungsinstanzen unternommen wurden, um Sparmaßnahmen durchzuführen, war die Politik der Gewerkschaften klar und eindeutig. Einerseits brachten sie unumwunden ihre Opposition gegen die Herabsetzung der Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung zum Ausdruck, andererseits machten sie — in Erkenntnis der Notwendigkeit einer gesunden Finanzpolitik — zweckentsprechende Vorschläge zur Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten. Diese Vorschläge hatten die gerechte Verteilung der Lasten zur Grundlage; sie liefen darauf hinaus, das wirtschaftliche Chaos, für das die Arbeiterklasse nicht verantwortlich ist, nicht die Aermsten der Armen entgelten zu lassen, sondern zunächst einmal die zahlungsfähigen und bevorzugten Schichten der Bevölkerung und darüber hinaus die Allgemeinheit zu besteuern. Schon im Mai machte eine Delegation der Gewerkschaften einer von der Regierung für das Studium der Frage der Arbeitslosenversicherung eingesetzten Kommission Vorschläge über die Erhebung einer speziellen progressiven Arbeitslosensteuer auf alle Einkommen, gleichviel ob es sich dabei um Löhne, Gehälter, Dividenden oder Gewinne handelt. (Diese Steuer sollte auf alle Fälle 1 Prozent für Einkommen bis zu 250 Pfund per Jahr nicht überschreiten.) Damit war eine gerechte Verteilung der Lasten vorgeschlagen und bewiesen, daß sich der Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC.) von allem Anfang an den Schutz der von der Krise am härtesten betroffenen Bevölkerungsschichten sowie den Schutz der Allgemeinheit zur Aufgabe machte. Diese Politik hielt er aufrecht bei allen Wechselfällen der Stellungnahme der später eingesetzten Kommissionen und Instanzen.

Als die Königl. Kommission zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu Beginn des Monats Juni ihre Anträge unterbreitete, führte Citrine (Generalsekretär des TUC.) gegenüber einem Pressevertreter aus: „Wir sind nie gegen die Abschaffung nachgewiesener Mißbräuche gewesen und wir werden die in dieser Hinsicht gemachten Vorschläge prüfen; wir werden jedoch gegen die Herabsetzung der Unterstützung energischen Widerstand leisten . . ." „Die Gewerkschaftsbewegung wird alles tun, um die Durchführung einer solchen Politik zu verhindern."

Im Juli wies die Monatsschrift des TUC. erneut energisch auf die Politik der Gewerkschaften hin. In Erwiderung auf die zahlreichen Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung erinnerte sie an den obenerwähnten Plan des TUC. und führte in diesem Zusammenhang u. a. aus: „Dieser Plan, der keines der zahlreichen Probleme des Augenblicks außer Betracht läßt, hat in den Augen der orthodoxen Wirtschaftstheoretiker, die das gegenwärtige Wirtschaftssystem verteidigen, nur einen Fehler: es wird darin vorgeschlagen, das Geld dort zu nehmen, wo es vorhanden ist und die Hilfe für die Arbeitslosen der Aufrechterhaltung des Idols der Zinsen, Dividenden und Profite voranzustellen."

Da auch alle späteren „Sanierungsvorschläge" den Fehler hatten, das Geld vor allem dort nehmen zu wollen, wo es nicht entbehrt werden kann, ist schließlich die Arbeiterregierung zu Fall gekommen. Diese Tatsache steht über allen technischen Fragen der möglichen oder unmöglichen Zusammensetzung des Budgets. Sie ist auch dann noch entscheidend, wenn das Unvermeidliche geschehen ist und Sparmaßnahmen durchgeführt worden sind! Sie wird die Politik der Gewerkschaften rechtfertigen und die Einheit der Bewegung sichern.

Was die Haltung der Gewerkschaften nach dem Sturz der Arbeiterregierung betrifft, so unterrichtet uns darüber ein im Wochenorgan des TUC. veröffentlichter Artikel, aus dem wir nachstehend die wichtigsten Stellen wiedergeben: „Die Arbeiterregierung ist gefallen und eine Regierung von Persönlichkeiten ist an ihre Stelle getreten. Die neue Regierung kam unter Bedingungen zustande, die die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in offene Opposition setzen zur Politik der drastischen Sparmaßnahmen, die die Regierung auf Kosten der ärmeren Schichten der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterklasse durchführen wird. Die Ereignisse jagten sich in den letzten Tagen so schnell, daß die Ursachen und Folgen des Falles der Arbeiterregierung noch einer genauen Prüfung bedürfen. Es ist jedoch nötig, die Stellung des Generalrates des TUC. im Laufe der Ereignisse klar zu umschreiben." In diesem Zusammenhang wird an die entscheidenden Sitzungen des Generalrates und an die Abordnung einer Delegation an die Regierung erinnert, die den Standpunkt der Gewerkschaften darlegte und deren Bericht einstimmig gutgeheißen wurde, wobei der Beschluß erfolgte, den zu Beginn September anberaumten Gewerkschaftskongreß eingehenden Bericht zu erstatten.

Es heißt dann in dem Artikel weiter: „Dies bedeutete nicht, daß der Generalrat — wie einige Zeitungen meinten — in der Stellungnahme zu den Vorschlägen der Regierung irgendwelche Schwierigkeiten hatte. Viel eher sollten damit die Regierung und die Allgemeinheit darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Generalrat die Absicht hatte, den Kongreß eingehend zu unterrichten und die Lage ohne Rücksicht auf die in geheimnisvollem Dunkel geführte Politik der Regierung zu besprechen. Der Generalrat hatte keinen Anteil an den Ereignissen, die während des Wochenendes in der Demission der Regierung und im Beschluß des Ministerpräsidenten gipfelten, die Bildung einer neuen Regierung in die Hand zu nehmen." (Diese Feststellung wurde nach dem Sturz der Regierung u. a. durch eine Aussprache des Landwirtschaftsministers der Arbeiterregierung, Dr. Addison, bestätigt, der ausführte, „daß der Grund des Sturzes der Regierung in keiner Weise auf irgendein Diktat der TUC. zurückzuführen sei, sondern auf die Art und Weise, wie der Ausgleich des Budgets diktiert wurde". D. R.)

Noch bevor die für den 26. August anberaumte gemeinsame Sitzung des Generalrates des TUC., der Exekutive der Arbeiterpartei und der Parlamentsfraktion stattfand, gab Citrine nachstehende Erklärung ab: „Selbstverständlich konnte niemand die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung verpflichten, ohne ihre Zustimmung an der Bildung oder Stützung einer nationalen Regierung teilzunehmen. Niemand verlangte diese Zustimmung und sie ist auch nicht gegeben worden. Solange die verantwortlichen Körperschaften, nämlich die Exekutive der Arbeiterpartei und der Generalrat des TUC. die Angelegenheit nicht geprüft und einen Beschluß gefaßt haben, liegen die Dinge so, daß die Unterstützung der Regierung durch die Arbeiterbewegung vom Augenblick der Demission der Regierung an aufhörte. Auf alle Fälle geht die Meinung der Gewerkschaften dahin, daß, wenn die Minister eher demissioniert hätten, als eine Politik drastischer Sparmaßnahmen auf Kosten der Arbeitslosen durchzuführen, sie wie Arbeiterminister, d. h. so gehandelt hätten, wie das von der Arbeiterbewegung erwartet werden kann."

Zusammenfassend sagen die „Industrial News" (Organ des TUC.): „Die Gewerkschaften sind der Ansicht, daß die Demission der Arbeiterminister die Einheit der Arbeiterbewegung gewährleistet hätte, was andernfalls nicht möglich sein könnte." Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß alle Fragen, auch jene der persönlichen Haltung der Mitglieder der Arbeiterregierung, die sich bei der Bildung einer neuen Regierung mit den Führern der Konservativen und Liberalen zusammentaten, durch Beschlüsse der Gemeinsamen Kommissionen von Partei und Gewerkschaften sowie von den Kongressen der Arbeiterpartei und des Gewerkschaftsbundes entschieden werden. (Der Kongreß des TUC. tagt vom 7. bis 12. September in Bristol, die Jahresversammlung der Arbeiterpartei vom 5. bis 9. Oktober.) Inzwischen hat eine gemeinsame Sitzung der Partei und des TUC. bereits stattgefunden und einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß der Regierung im Parlament von der Arbeiterschaft der energischste Widerstand entgegengesetzt werde.



**Der Mastenfahrstuhl**

nennt der Erfinder dieses Apparates sein Werk. Mit Hilfe dieser Vorrichtung ist es möglich, sich an Holz- und Betonmasten leicht auf- und abzuwinden, um Arbeiten an denselben in beliebiger Höhe bequem und sicher ausführen zu können. Dadurch werden die bisher üblichen Steigeisen überflüssig, die unbequem waren und bei längeren Arbeiten ermüdeten.

## Neues Verbrechen der K.P.D.

Den Unternehmern ist es nicht unbekannt geblieben, daß sich die Kraft der Arbeiterbewegung um die Gewerkschaftsbewegung gruppierte. Deshalb eine einheitliche Meinung, die gegen die Gewerkschaften gerichtet war. Welches Unternehmerblatt man auch in die Hand nehmen mag, immer wird man eine feste Grundstimmung gegen die Gewerkschaften und ihren Einfluß antreffen. Man hält die gegenwärtige Zeit als sehr geeignet, die gewerkschaftlichen Vorposten zurückdrängen zu können. Manchmal schlägt die Antipathie gegen die Gewerkschaften in fanatischen Haß um. Deshalb das unablässige Berennen der Regierung Brüning, unter allen Umständen die Schutzgesetze der Tarifverträge, des Schlichtungswesens usw. zu beseitigen. Bis jetzt konnten diese Angriffe noch immer abgeschlagen werden. Aber je länger die Wirtschaftskrise dauert, je mehr steigert sich die Hoffnung auf ein Niederrennen der gewerkschaftlichen Front.

Solchen Bemühungen können wir solange mit ruhigem Gewissen entgegensehen, als wir die besonnene Arbeiterschaft hinter uns haben. Leider ist die Not der Zeit geeignet, gewissen verbrecherischen Elementen das Handwerk zu erleichtern. Die Kommunisten entpuppen sich immer mehr als die Todfeinde der Arbeiterbewegung. Schon die Beteiligung am Volksentscheid war nicht nur eine hirnverbrannte Idee, sondern gerade ein Verbrechen. Die damit eingeschlagene Linie scheint man weiter beschreiten zu wollen. Die Niederlage vom 9. August hat die von Rußland subventionierte Verbrecherklique nicht nur nicht eines besseren belehrt, sondern sie geradezu zu neuen Taten ähnlicher Art angestachelt. Diese sogenannte Arbeiterpartei wird geführt von einem Bourgeoissöhnchen aus dem Berliner Westen, Heinz Neuman. Dieser gewissenlose Bursche, der ganz im Dienste Moskaus zu stehen scheint, spornt die Partei zu immer verzweifelteren Unternehmungen an. Allem Anschein nach ist jetzt die Gewerkschaftsbewegung wieder einmal als Kampfziel ausersehen. Nach dem „Vorwärts" Nr. 395 hat die Parteileitung der KPD. folgenden Beschluß gefaßt:

ADGB., muß zerbrochen werden, um den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie zu führen. Wir geben die Parole aus: Im Volksentscheid ging es gegen das Preußenbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter — jetzt geht es gegen das Gewerkschaftsbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter. Wir verstärken unsere Arbeit innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, um die gemeingefährlichen Verbrecher an der Spitze des ADGB., die als bezahlte Unternehmeragenten immer neuen Lohnraub und Massenverelendung organisieren, einflußlos zu machen. Die Lohnabbau-Gewerkschaften stehen vor einer schweren Krise (Mitgliederflucht, 500 000 Anhänger haben den ADGB. im letzten Jahr verlassen, die Beiträge gehen nicht mehr ein, die Unterstützungszahlungen an Verbandsmitglieder werden um 30 Prozent und mehr abgebaut, Arbeiterbank und gewerkschaftliche Wirtschaftsbetriebe stehen vor dem völligen Bankrott). Die Bestrebungen breiter Mitgliedermassen und ganzer Belegschaften zur massenhaften Beitragssperre müssen tatkräftig unterstützt und zum Uebertritt in die RGO. gesteigert werden.

Hätte man einen solchen Beschluß jemals für möglich gehalten? Die an der Spitze des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stehenden Gewerkschaftsführer werden als Unternehmeragenten, ja als gemeingefährliche Verbrecher bezeichnet. Ist es notwendig, die Gewerkschaftsführer gegen solche gemeinen Vorwürfe in Schutz zu nehmen? Das dürfte sich erübrigen. Man bedenke, von welchen dunklen Gestalten solche Vorwürfe in die Welt gesetzt werden! Keiner von denen kann solche Erfolge und Errungenschaften aufweisen, die die Gewerkschaften unter Führung der verhaßten Funktionäre in den letzten zwölf Jahren zu verzeichnen hatten. Jeder Lohnabbau wurde von den Gewerkschaften mit allen Kräften zu verhindern versucht. Wenn es nicht ganz gelang, dann sind nicht zuletzt jene gewissenlosen Elemente schuld, die die Gewerkschaften durch ihre Minierarbeit geschwächt haben.

Die Gewerkschaften haben im Jahre 1930 Mitgliederverluste erlitten. Eine ganz natürliche Erscheinung, wenn das Wirtschaftsleben derart darnieder liegt. Dennoch betrug der Mitgliederverlust nicht 500 000, sondern 230 640 oder 4,7 Prozent. Die Moskowiter verdoppeln die Mitgliederverluste, weil es in ihren Kram paßt. Die Arbeiterbank und andere den Gewerkschaften nahestehende Wirtschaftsbetriebe sollen bankrott sein! Es war ein bemerkenswertes Zeichen der inneren Festigkeit der Arbeiterbank, daß in den Tagen der Bankstürme voll ausgezahlt werden konnte. Die privatkapitalistischen Institute haben vor Neid auf sie geblickt. Ebenso haben sich die Konsumgenossenschaften bisher in einer Weise widerstandsfähig gezeigt, daß man auch in der Zukunft diese Betriebe als vollgesichert betrachten kann. Nun kommen solche Strolche her, die nie in ihrem Leben Wirtschaftsbetriebe zu leiten hatten und streuen solche unwahren Behauptungen in die Welt. Die kommunistisch geleiteten Konsumvereine in Halle, Gotha und anderen Orten wurden heruntergewirtschaftet und den Privatkapitalisten ausgeliefert. Die kommunistischen Zeitungsbetriebe können nur aufrecht erhalten werden dadurch, daß das Personal sechs Stunden je Woche ohne Bezahlung länger arbeitet. Wir können das Treiben solchen Gesindels nicht besser kennzeichnen, als dies die Tageszeitung der kommunistischen Opposition mit folgenden Worten tat:

„Was hier die KPD.-Führung ihren Mitgliedern anweist, ist ein Verbrechen an der ganzen Arbeiterklasse. Ueberhaupt, aber ganz besonders in der jetzigen Situation — in der das Großkapital und der Faschismus die letzten Kräfte ansetzt, um die Tarife und damit die Gewerkschaften zu erschlagen —, zur „Beitragssperre" und „Zerbrechung der Gewerkschaften" aufzufordern, das heißt, die Geschäfte der schlimmsten Scharfmacher und Klassenfeinde zu besorgen, heißt dem Proletariat den Dolchstoß zu versetzen."

Früher saßen die Todfeinde nur in den Reihen der reaktionären Junker und Großkapitalisten, heute haben sich diesen jene Elemente zugesellt, die die Führung der KPD. an sich gerissen haben. Soll die Arbeiterschaft ihre Stellung in Staat und Wirtschaft nicht vollständig verlieren, so muß diesen Verbrechern das Handwerk so schnell als möglich gelegt werden.

---

### Die Exekutive des amerikanischen Gewerkschaftsbundes zur Krise

In der soeben abgehaltenen Sitzung der Exekutive des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes A. S. of L.) stellten die Gewerkschaften der U. S. A. erneut ihre Forderungen zur Ueberwindung der Krise auf:

51-Tage-Woche und 6-Stunden-Tag, ohne Lohnkürzung: „Um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, schlagen wir die sofortige Einführung der 5-Tage-Woche in der Privatindustrie und den öffentlichen Betrieben vor. Wir beantragen ferner, daß zur Beschaffung von Arbeit für alle Staatsbürger die tägliche Arbeitszeit wenn nötig auf 6 Stunden herabgesetzt wird. Im Interesse eines angemessenen Gleichgewichts zwischen der Kaufkraft der Massen und ihrer Produktionskapazität sollen dabei die Lohnsätze nicht herabgesetzt werden. Die Exekutive der A. F. of. L. bestätigt ihre unbedingte Opposition gegen Lohnherabsetzungen."

Oeffentliche Arbeiten: „Wir fordern, daß die Bundesbehörden sowie die Behörden der einzelnen Staaten und Gemeinden ein Bauprogramm durchführen, das allen Erwerbslosen Beschäftigung gibt und sie zu Lohnarbeitern macht, die auf Grund ihres Einkommens ihre Familien mit Nahrung und Kleidung versehen können, anstatt der Wohlfahrtspflege ausgeliefert zu sein. Ferner verlangen wir die Stabilisierung der Wirtschaft, d. h. die Herbeiführung einer Planwirtschaft und einer genauen Feststellung der wirt-

schaftlichen Bedürfnisse sowie der Arbeitszeit, die nötig ist, um allen Arbeit zu geben.“

Arbeitslosenhilfe: „Die Arbeitslosigkeit hat erstaunliche Ausmaße angenommen: Viele Gewerkschaftsorganisationen sind gezwungen, ihre Mitglieder durch Arbeitsteilung oder finanzielle Zuwendungen zu unterstützen. Alle sind mit Besorgnis erfüllt im Hinblick auf die Not und die Leiden, die sich im nächsten Winter einstellen werden. Die Exekutive ist der Ansicht, daß Organe der Bundesbehörden sowie der Behörden der einzelnen Staaten und Gemeinden sofort Vorbereitungen treffen sollten, um den Unterstützungsgesuchen, die im nächsten Winter einen besorgniserregenden Umfang annehmen werden, gerecht werden zu können. Es käme einer Verurteilung der Regierung u. unserer sozialen Ordnung gleich, wenn die Gesellschaft einer solchen nationalen Notlage hilflos gegenüberstehen würde. Die Exekutive glaubt, daß Organisationen der örtlichen Behörden als Verteilungsstellen für alle Hilfe amten sollen, daß jedoch die Arbeiterschaft in diesen Verteilungsstellen vertreten sein soll. Alle vom Bund und den Staaten zur Verfügung gestellten Hilfsmittel sollten von diesen örtlichen Hilfsgesellschaften verteilt werden.“ (Die von vielen europäischen Zeitungen — auch Arbeiterblättern — —veröffentlichten Meldungen, wonach die A. F. of L. unmittelbar vor der Anerkennung des Prinzips der staatlichen Arbeitslosenversicherung stehe, waren also wieder einmal verfrüht. D. R.)

Nationale Wirtschaftskonferenz: „Um das Arbeitslosenproblem und seine ernsten Folgen in praktischer und positiver Weise zu behandeln, sollte nach Ansicht der Exekutive der A. F. of L. der Präsident der U. S. A. eine nationale Wirtschaftskonferenz von Vertretern von Kapital und Arbeit einberufen. Eine solche Konferenz könnte das Problem in direkter Weise behandeln. Es könnte auf diesem Wege im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit mehr erreicht werden als von Regierungsorganen. Es scheint, daß das Problem von keiner anderen Stelle behandelt werden kann als von den Arbeitern und den Besitzern der Produktionsmittel.“

„Sollte Hoover“, so sagte W. Green (Vorsitzender der A. F. of L.) gelegentlich der Exekutivsitzung, „diese Konferenz nicht einberufen, so muß er zugeben, daß die jetzige Wirtschaftsordnung des Landes ein absoluter Fehlschlag ist.“

## Das „Verbrecherohr“

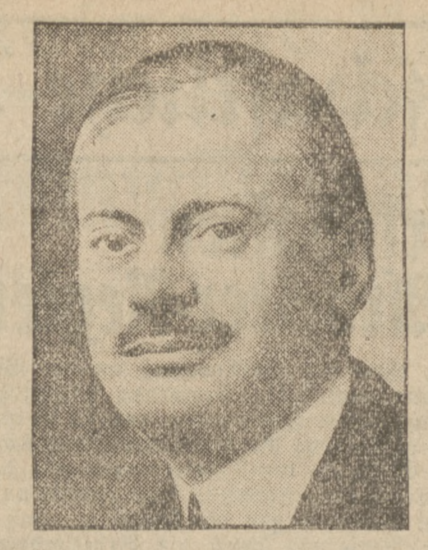
Von Dr. R. Francee.

Aus dem Naturwissen der vorigen Generation hat sich in weitesten Kreisen die Ansicht befestigt, daß es zu den Entartungsmerkmalen des Menschen gehöre, auf dem äußersten Wulst des Ohres ein kleines, zipfelförmiges Wülstchen zu tragen, das als „Darwinzipfel“ bezeichnet wird, weil der große Naturforscher Darwin als erster darauf aufmerksam gemacht hat, daß es bei gewissen Affen, zum Beispiel den Pavianen, ganz allgemein vorkomme, bei dem Menschen also einen Anklang an Tierform darstelle. Nicht alle Menschen besitzen diesen Zipfel. Und als man daraufhin eine große Anzahl von Menschentypen untersuchte, glaubte man feststellen zu können, daß namentlich Schwachsinnige, Verbrecher, überhaupt Entartete dieses eigenartige Merkmal regelmäßig an sich tragen. Von da ab stand es felsenfest, der Darwinzipfel deute auf Minderwertigkeit. Wer ihn besaß, schämte sich dessen und hielt sich gewissermaßen gebrandmarkt.

Nun stellt es sich heraus, daß sich die Sache doch anders verhält. Zunächst kam man von der Tierforschung her zu der Ueberzeugung, daß auch das Affenohr nur ausnahmsweise auf diese Art gestaltet sei, vor allem, daß dieser Zipfel keineswegs der Spitze des Tierohres, wie man sie bei Pferd oder Hund ausgeprägt sieht, entspricht. Dann aber wendete sich die Statistik selbst gegen das „Verbrecherohr“. Wenn man Zehntausende von Menschenohren vergleicht, stellt sich heraus, daß dieses angebliche Entartungsmerkmal gerade bei normalen und gutgearteten Menschen viel häufiger ist als bei Krankhaften und Verbrechern. Wohl ist gerade deren Ohr besonders oft abnorm gestaltet, aber nicht in dieser Richtung.

Den letzten Entscheid hierüber bringt eine kürzlich erschienene großangelegte Arbeit des finnischen Menschenforschers Kaarlo Hilden. Nachdem andere gezeigt hatten, daß die niederen Menschenrassen (wie die Ainos auf Sachalin oder die auf Baumnestern lebenden Orang-Kubus von Sumatra) weit seltener diese sogenannten Tierohren besitzen als die hochkultivierten Europäer, stellte Hilden fest, daß gerade in Finnland, wo zivilisiertere Schweden mit primitiven Finnen zusammenleben, das „Tierohr“ bei den Schweden häufiger ist, ferner, daß die Frauen es weit seltener besitzen als die Männer und schließlich — was das Merkwürdigste ist — daß die beiden Ohren des Menschen hierin nicht gleich sind. Das rechte Ohr trägt den Zipfel weit häufiger als das linke. Von einem „Entartungsmerkmal“ oder gar einem „Verbrecherkennzeichen“ kann überhaupt keine Rede sein.

Damit sind wohl die Akten über das Verbrecherohr geschlossen. Der Ohrenzipfel ist ein für Abstammungsfragen und Charakter gleichgültiges Rassenmerkmal. Der finnische Forscher glaubt, es gehöre zum „nordischen Menschen“. Diese Annahme wird vielleicht durch ähnliche Untersuchungen in anderen Ländern noch revidiert werden. Sicher aber ist, daß niemand mehr wegen seines „Darwinzipfels“ ein Gefühl von Beunruhigung zu haben braucht.



### Ein Bankkrach, durch den viele deutsche Künstler viele Millionen verloren

Baron Louis Rothschild, der Leiter der zusammengebrochenen Amstelbank, bei der mehrere hervorragende deutsche Künstler, darunter Pallenberg, Jannings u. Lotte Lehmann ihre gesamten Ersparnisse deponiert hatten, die nun zum allergrößten Teil verloren sind.




**Kattowitz — Welle 408,7**

**Dienstag.** 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 16: Kinderstunde. 16,25: Schallplatten. 16,50: Vorträge. 18: Nachmittagskonzert. 19: Vorträge. 20,15: Volkstümliches Konzert. 22,30: Tanzmusik.

**Warschau — Welle 1411,8**

**Dienstag.** 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 18: Unterhaltungskonzert. 19: Vorträge. 20,15: Volkstümliches Konzert. 22: Vorträge und Berichte. 22,30: Tanzmusik.

**Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.**

**Dienstag, 8. September.** 6,30: Funkgymnastik. 6,45: Frühkonzert auf Schallplatten. 12,10: Wetter; anschließend: Was der Landwirt wissen muß! 15,20: Kinderfunk. 15,45: Das Buch des Tages. 16: Schallplattenkonzert. 17: Zweiter landw. Preisbericht; anschließend: Fünfzehn Minuten Technik. 17,20: Die Schlesischen Monatshefte im September. 17,40: Zahnschmerzen. 18,05: Die Stunde der werktätigen Frau. 18,30: Wetter; anschl.: Walzerstunde. 19,30: Wetter; anschl.: Was der Sommer brachte! 20: Abend in Kopenhagen. 22,15: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,30: Rundfunkstörungen und ihre Beseitigung. 22,40: Wie Oesterreich Olympia-Fußballmeister wurde. 23: Funkstille.

## Versammlungskalender

### D. S. A. P.

**Groß-Kattowitz.** (Frauenversammlung.) Am Donnerstag, den 10. September, abends 7 Uhr, findet im Saal des Zentralhotels unsere Mitgliederversammlung statt. Die Genossinnen, Genossen und Interessenten sind eingeladen. Referent: Genossin Kowoll.

**Welnowiec.** Unsere nächste Versammlung findet Sonntag, den 13. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Saale des Zentral-Hotels statt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder, ist wegen der wichtigen Tagesordnung erwünscht. Referent: Genosse Raiwa.

### Arbeitsgemeinschaft für Arbeiterwohlfahrt.

**Groß-Kattowitz. (Nähstube.) Am Dienstag, den 15. September, abends 6 Uhr, beginnt unser Nähstubenbetrieb seine Tätigkeit. Alle Genossinnen, die nähen lernen wollen oder schön nähen können, sind uns herzlich willkommen.**

**Groß-Kattowitz. (Kochkursus.) Wir beabsichtigen, einen Abendkursus (fortgeschrittenen) im Kochen abzuhalten. Interessenten können sich von Montag ab, im Zimmer 23, Zentralhotel, melden (von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends), wo sie nähere Auskünfte erhalten.**

### Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Montag: Heimabend.
Dienstag: Musikabend, Volkstanz.
Mittwoch: Ernster Abend.
Donnerstag: Gesangabend.
Freitag: Monatsversammlung.
Sonntag: Nach Bedarf.

### Freie Sänger.

**Myslowitz.** Uebungsstunden werden wieder abgehalten, jeden Freitag um 8 Uhr, im Vereinszimmer. Dirigent: Sangesbruder Gödel.

**Myslowitz.** Freitag, den 11. September, 7 Uhr abends, findet die fällige Monatsversammlung statt. Eine Stunde vorher Vorstandssitzung. Erscheinen aller ist Pflicht. Wichtige Tagesordnung.

**Kattowitz.** (Freie Turner.) Am Montag, den 7. d. Mts., beginnt unser Kinderturnen. Wir bitten die Eltern, ihre Kinder wieder regelmäßig zu uns zu schicken. Turnen ist gesund, bildet den Körper und schafft einen freien Menschen.

**Königshütte.** (Ortsausschuß.) Am Mittwoch, den 9. September, nachmittags 6 Uhr, findet im Volkshaus eine Ortsausschußvorstandssitzung statt. Wir bitten um vollzähliges Erscheinen.

**Königshütte.** (Achtung, Zeitungsausträgerinnen- und Kolportage.) Am Donnerstag, den 10. September, nachmittags 6 Uhr, findet im Vereinszimmer des Volkshauses eine wichtige Besprechung statt. Hierzu ist das Erscheinen aller Zeitungsausträgerinnen und der Kolporteurin notwendig.

### Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

**Kattowitz. Am Dienstag, den 8. d. Mts., findet um 7,30 Uhr abends, im Saale des Zentral-Hotels, unsere Generalversammlung statt, zu welcher hierdurch, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung, die Delegierten der Gewerkschaften und der Kulturvereine dringend eingeladen sind!**

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka. Verlag und Druck „VITA“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.